

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

10. Sitzung
29. August 2022

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 12.17 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Der Beitrag des Bauhaus der Erde für das
nachhaltige Bauen in Berlin und Brandenburg**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0032](#)
StadtWohn

Hierzu: Anhörung

Dazu begrüße ich unsere heutigen Gäste. Wir hatten uns an 9.30 Uhr orientiert, aber Sie haben sicher mit Interesse verfolgt, was wir hier bis jetzt besprochen haben. Ich begrüße Frau Theresa Keilhacker, die Präsidentin der Architektenkammer Berlin. – Schön, dass Sie da sind und zugeschaltet sind! – Ich begrüße hier im Saal Herrn Prof. Schellnhuber. Er hat Herrn Prof. Misselwitz, seinen Ko-Geschäftsführer. Dann haben wir noch als Sachverständigen Herrn Klaus Mindrup da. – Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! – Diese Anhörung gestalten wir traditionell so, dass wir zunächst eine kurze Begründung durch die einreichenden Fraktionen machen. Dann bekommen Sie als Anzuhörende das Wort.

Wir haben uns auf eine Reihenfolge verständigt. Wenn ich mir das richtig gemerkt habe, fängt Prof. Schellnhuber an, dann folgen Herr Mindrup und Frau Keilhacker. – Herr Misselwitz! Sie sind sozusagen als Adjutant dabei, und wenn dann vielleicht in der Nachfragerunde Herr Schellnhuber an Sie weitergibt, können auch Sie kurz etwas sagen. Insgesamt sind wir aber immer ein bisschen um eine geraffte Struktur der Anhörung bemüht. Das heißt, am Anfang bekommen Sie fünf Minuten plus, und dann kommen wir ins Gespräch. Dann machen wir eine Fraktionsrunde, in der nachgefragt wird, und dann fragen wir noch den Senat, was er von der ganzen Sache hält, und dann sind Sie wieder dran. So weit zum Ablauf! Es beginnt mit der Begründung: Dieser Besprechungspunkt und diese Anhörung ist eingereicht worden von den Fraktionen der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke, also der Koalition, und die haben mich gebeten, hier kurz zu begründen.

Andreas Otto (GRÜNE): Das „Bauhaus der Erde“ haben wir wahrgenommen als eine neue Institution, die uns in Berlin und Brandenburg dabei helfen kann, unsere Stadtentwicklung nach den Notwendigkeiten von Klimaschutz und Klimaanpassung auszurichten. Deswegen sind wir sehr neugierig, was uns heute erwartet, was dazu beigetragen wird, und es wäre sehr schön, wenn Sie auch etwas zu den Anfängen, die wir hier schon gemacht haben, sagen könnten. Wir haben hier in Berlin nicht zuletzt schon in der vergangenen Legislaturperiode begonnen, mit modernen Baustoffen, mit Holzbau etwas zu machen.

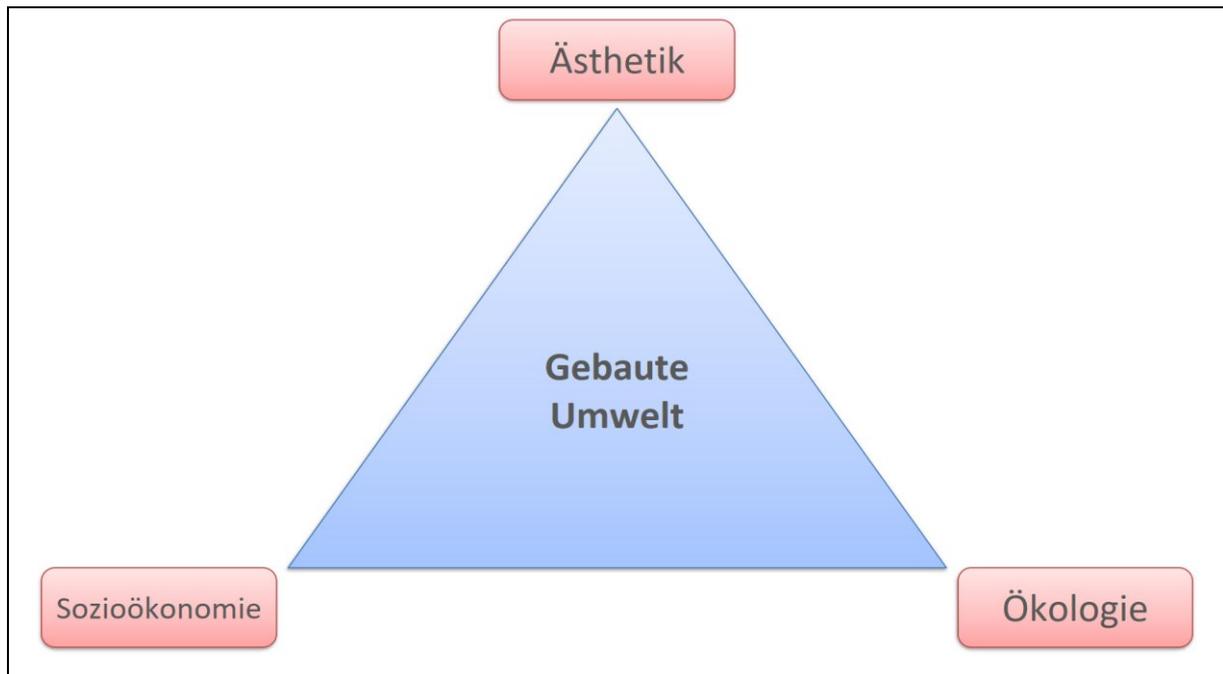
Das sind aber alles noch, sage ich mal, zarte Pflänzchen. Es gibt einen Anfang, aber wir müssen da, glaube ich, viel weiter kommen. Wir wären sehr daran interessiert, dass Sie heute als Anzuhörende uns da weiterhelfen und vielleicht unsere Schwerpunktsetzung noch ein bisschen schärfen können, damit wir auf dem Weg in die klimaresiliente Stadt Berlin wirklich große Schritte machen, damit wir etwas beitragen, auch zum Beispiel zur CO₂-Speicherung durch nachwachsende Baustoffe, die verwendet werden usw. Ich bin sehr neugierig und die

Koalition ist sehr neugierig, was wir da heute lernen können. Darauf freuen wir uns. – Vielen Dank! So weit die Begründung!

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt legen wir los. Wir machen ein Wortprotokoll, aber das Ganze wird auch mitgeschnitten. Das wollte ich noch mal festhalten. Sie sind damit einverstanden, dass Sie hier gefilmt und im Livestream und weltweit sichtbar sind. Sie bekommen deshalb vielleicht auch Autogrammwünsche. Das ist alles ganz öffentlich, und, wie gesagt, wir machen auch ein Wortprotokoll, in dem alles nachlesbar ist. Dann würden wir beginnen, und ich würde Herrn Prof. Schellnhuber das Wort geben. – Sie haben auch eine Präsentation mitgebracht. Die wird dann hier durch die Haustechnik sicherlich auch gleich angestellt. Es geht los. Sie haben das Wort!

Prof. Dr. mult. Joachim Schellnhuber (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Bauhaus der Erde für das nachhaltige Bauen in Berlin und Brandenburg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Senator! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung, in fünf Minuten unseren bescheidenen Vorschlag zur Rettung der Welt darzulegen!

Ich habe auch mit großem Interesse den Bericht des Senators von Wien, eine Stadt, die mir gut bekannt ist, und natürlich auch über die verschiedenen Dingen gehört. Herr Geisel! Sie haben auf das bemerkenswerte Interview von Frau Kahlfeldt hingewiesen, das ich mit großem Interesse gelesen habe. Vielleicht zu Wien eine Anmerkung – da sind wir auch schon mitten im Thema –: Wien hat in der Tat extrem verdichteten Wohnraum, sehr wenig Grün, und in einer neuen Studie wurde gezeigt, dass von allen europäischen Städten Wien das größte Problem mit der Erderwärmung haben wird. Sie sehen: Es gibt immer zwei Seiten einer Medaille, weil der Urban-Heat-Island-Effekt dort besonders stark ausfällt. Insofern muss Berlin sich sicherlich über das, was in Wien gelingt, informieren, aber es nicht unbedingt kopieren. Ich denke, diese Stadt hat eine ganze Menge zu bieten mit dem Brandenburger Umland. Das „Bauhaus der Erde“ sieht eben auch Berlin im Grunde genommen sogar als globale Pionierstadt, wenn es um die Bauwende zur Nachhaltigkeit geht. – Das vielleicht vorab!



Das sieht erst mal total trivial aus – es werden gerne solche Dreiecke gezeichnet –, aber ich will ein bisschen was dazu sagen, warum das wichtig ist. Die gebaute Umwelt ist unserer Ansicht nach das zentrale Element in der grünen Transformation zur Nachhaltigkeit, und hier vielleicht nur ein paar Anmerkungen. Ich bin auch in der Runde bei Klara Geywitz, in der es um bezahlbaren Wohnraum auf Bundesebene geht. Der Bund will 400 000 Wohnungen im Jahr produzieren. Sie haben von 20 000 in Berlin gesprochen.

Überall auf der Welt wird auch weiter neu gebaut werden. In Europa vielleicht nicht so viel. Das ist etwas, das unter den Nägeln brennt. Das ist völlig klar. Es gibt aber die ökologische Seite. Da gebe ich Ihnen ein Beispiel: Eine neue Arbeit zeigt, dass es, wenn in Großbritannien der Plan der Stadtentwicklung, wie im Augenblick von der Regierung vorgeschlagen, umgesetzt werden sollte, allein das Kohlenstoffbudget von Großbritannien, das unter dem Übereinkommen von Paris vereinbart wurde, komplett auffressen würde. Sie sehen: Sie haben hier einen massiven Interessenkonflikt zwischen Ökologie, Sozioökonomie und schließlich Ästhetik, was oft vernachlässigt wird. Die gebaute Umwelt ist das Rückgrat jeder gesellschaftlichen Kultur, und Menschen können sich am Ende eben nur wohlfühlen, wenn die gebaute Umwelt nicht nur funktional ist, sondern auch eine gewisse Schönheit ausstrahlt.

Diese drei Elemente – die Klimakrise, die Frage, wie wir Städte wieder zu lebenswerten Arenen für die Menschen entwickeln können, und dann der Ansatz des Bauhauses, nämlich als Gesamtkunstwerk alle Gewerke zu betrachten – haben zu der „Erklärung von Caputh“ geführt, die wir 2019 in der Nähe von Einsteins Sommerhaus, aus Holz gebaut, verabschiedet haben. Hier ist vielleicht bemerkenswert: In dem Initiativkreis waren verschiedene Parteien vertreten: Monika Grütters, damals für die CDU, Manja Schüle von der SPD und Annalena Baerbock. – Ich habe das vor Kurzem bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgestellt in einer Diskussion mit Janine Wissler. Insofern ist das ein parteienübergreifender Ansatz.

Wie soll das „Bauhaus der Erde“ aussehen? – Im Augenblick ist es eine gemeinnützige GmbH. Es soll quasi als Ökosystem konzipiert sein. Das heißt, wir werden ein Labor haben. Wir haben dazu im Marienpark in Mariendorf gerade ein altes Industriegebäude ertüchtigt, um zu demonstrieren, wie nachhaltige Lösungen aussehen, die auf den Bestand aufsetzen. Es wird einen Think Tank, ein Institut, geben, das in Berlin und Potsdam sitzen wird. Wir planen ein Netzwerk mit Demonstrationsbauten. Zum Beispiel: In Potsdam gibt es eine lange Debatte über die Garnisonkirche und das Rechenzentrum dort etc. Wir wollen dort in der Nähe einen wegweisenden Experimentalbau errichten mit einem Weltklassearchitekten.

Und schließlich, was in Berlin oft nicht beachtet wird: Die Reise des Weimarer Bauhauses endete 1933 in Berlin. Es war das letzte Refugium bevor die Nazis die Bauhausidee zerstört haben. Wir denken tatsächlich darüber nach, eine neue Bauhausakademie ins Leben zu rufen, und Berlin wäre der ideale Standort dafür. Man würde quasi dort ansetzen, wo 1933 alles endete. Das sind natürlich große Pläne, aber ich glaube, in der jetzigen Zeit muss man groß denken.



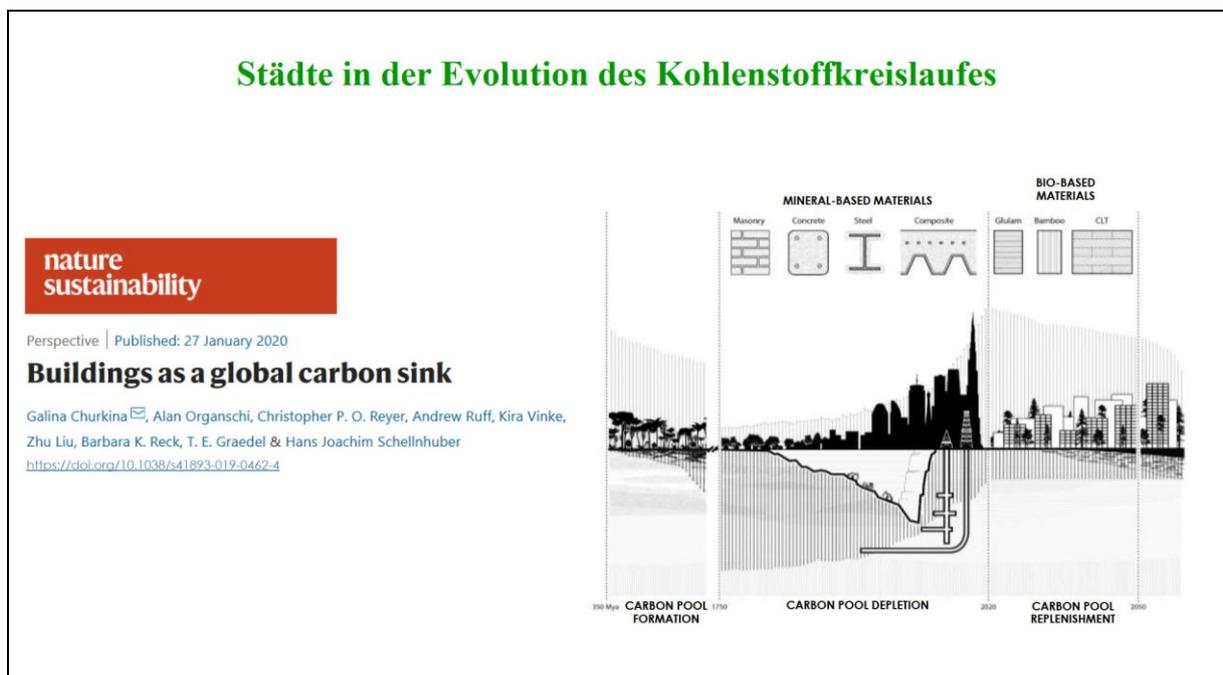
Vielleicht zum Bauen selbst, was wenig bekannt ist: Ich nenne es immer den Bauelefanten im Klimaraum, also das riesige Tier, weil nämlich – erstens – allein im Lebenszyklus von Gebäuden und Infrastrukturen über 40 Prozent aller globalen Treibhausgasemissionen entstehen.

Das ist der wichtigste Faktor, wenn es um den Klimaschutz geht, was sehr oft vernachlässigt wird.

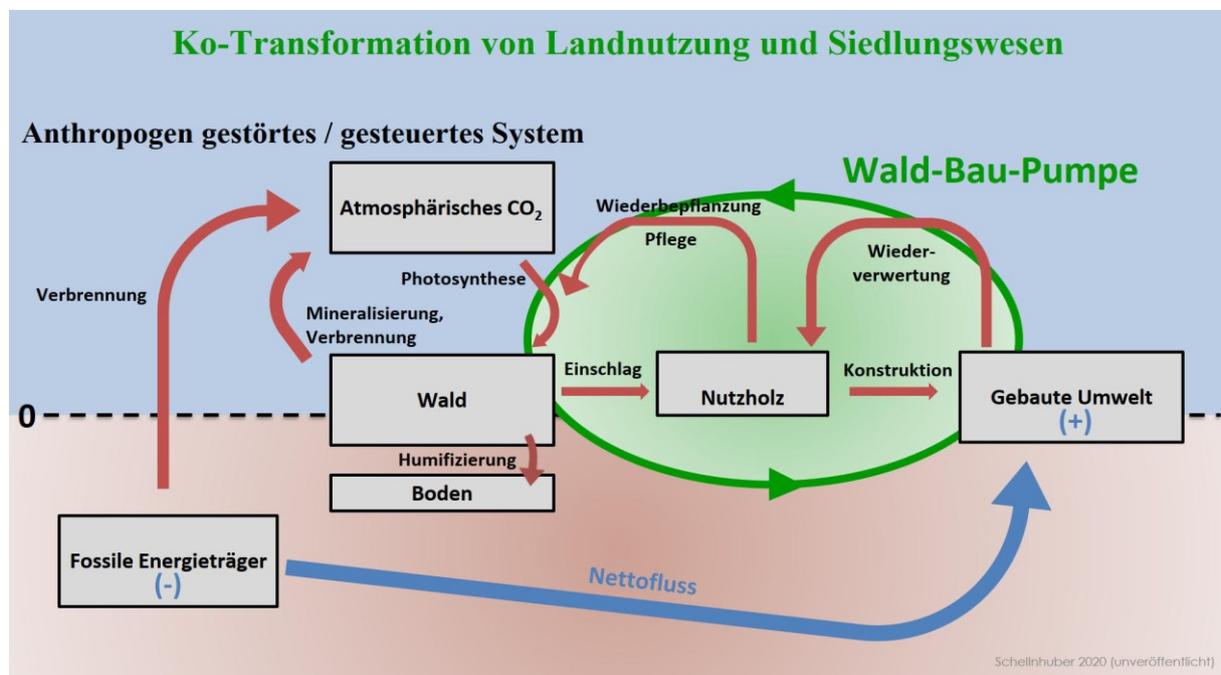
Als Nächstes, wenn es um die Klimaanpassung geht – Klimaresilienz sagt man so schön –: Bei Temperaturen, die wir erwarten, von oft über 40 Grad Celsius in Zukunft ist natürlich die Frage, wie Stadtstrukturen aussehen. Aber was auch ganz wenig berücksichtigt wurde, ist, dass wir im Jahrhundert der Migration leben. Das, was man 2015 erlebt hat, wird sich auf einer ganz anderen Skala wiederholen. In diesem Jahrhundert werden Lebensräume für Milliarden Menschen verschwinden, selbst wenn wir die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius beschränken. Das ist fast unabweisbar. Das könnte ich Ihnen rauf- und runter vorrechnen in diesem Fall. Das heißt, die Menschheit wird sich im Raum umstrukturieren, bewegen, und die Frage ist: Werden die Siedlungen der Zukunft genau diesen Migrationsbewegungen entsprechen können?

Und schließlich gibt es die Suche nach den sogenannten Mehrgewinnstrategien: Wie kann ich Anpassung und Vermeidung in einem Projekt, in einem Haus, in einem Quartier, in einer Stadtstruktur zusammenbringen? – Das sind die interessantesten Dinge von allen.

Ich gebe Ihnen eine Illustration dazu: Wenn Sie aus Holz bauen und aufstocken insbesondere, also dichten Wohnraum – Sie haben schon viergeschossige Strukturen, Sie wollen aber drei, vier Geschosse daraufsetzen. Sie haben keinen neuen Flächenverbrauch. Wenn Sie mit Vollholz aufstocken, dann haben Sie ein Fünftel des Gewichts. Das heißt, das geht sehr viel einfacher, als wenn Sie mit Stahlbeton arbeiten. Wenn Sie aber sogar mit Holztafelbau, das ist ein konkretes Detail, arbeiten würden und mit nachwachsenden Rohstoffen dämmen würden, dann haben Sie nur ein Zehntel des Gewichts von Stahlbeton. Es ist also offensichtlich, dass Sie hier sehr viel schneller günstigen Wohnraum schaffen können. Das nur als Beispiel.



Zwei Dinge, die global großes Aufsehen erregt haben: Wir haben vor Kurzem eine Arbeit in „Nature Sustainability“ veröffentlicht, „Buildings as a global carbon sink“. Die Idee ist die der Klimareparatur – und das meine ich so, wie ich es sage – durch organische Baustoffe. Die Idee ist, dass man durch vernünftige Landnutzung, denn Umbau der Wälder Biomasse erntet, die dann verbaut wird für 100, 200, 300 Jahre. Das kann Holz sein, das kann Bambus sein, also ein Gras in diesem Fall, und Sie bauen die Städte der Zukunft aus Luft-CO₂. Man muss sich das vorstellen. Das heißt, indem Sie dieses Material durch Vegetation generieren und dann gewissermaßen in Gebäuden sicher speichern, entziehen Sie nach und nach der Atmosphäre wieder die historischen Emissionen, die über 200 Jahre passiert sind. Das hört sich zu schön an, um wahr zu sein, aber wir haben es komplett durchgerechnet – es würde wirklich funktionieren. Wir würden auf diese Weise den Bausektor, der im Augenblick der größte Klimasünder von allen ist, zum Klimahelden umstrukturieren. Sie würden durch Wertschöpfung im Baubereich nebenbei das Klima reparieren.



Das wird hier in dieser Grafik, die ich natürlich jetzt nicht ausführlich erläutern werde, illustriert. Das sind zwei Dinge. Sie müssen nachhaltige Forstwirtschaft betreiben, auch Wiederaufforstung von Flächen – in Brandenburg ist offensichtlich, dass das wegen der Waldbrände geschehen muss –, und Sie müssen Kreislaufwirtschaft im Baubereich anwenden. Zusammen kriegen Sie netto eine Reinigung der Atmosphäre von historischen Emissionen.

State of the Union Address by President von der Leyen at the European Parliament Plenary
Brussels, 16 September 2020

Shaping more beautiful, sustainable and inclusive forms of living together

Original Speech: [here](#) #neweuropeanbauhaus



New European Bauhaus
beautiful | sustainable | together

Das Ganze ist aufgegriffen worden von Ursula von der Leyen, die das „New European Bauhaus“ ausgerufen hat, wo also auch demnächst unter Horizon Europe eine ganze Menge von Aufrufen zu Projekten und Bewerbungen erfolgen werden. Ich denke, da sollte Berlin mit seinen vielen Kapazitäten eine tragende Rolle spielen. Ich glaube, wir können hier ganz viel anbieten.



PAS Symposium,
„Reconstructing the Future“,
Rom, Juni 2022



G7 Bauministerkonferenz,
Potsdam, September 2022

Zudem haben wir vor Kurzem eine Veranstaltung in Rom in der Päpstlichen Akademie durchgeführt. Sie sehen hier, wenn Sie es erkennen können, die Bauministerin Klara Geywitz, Ursula von der Leyen, Weltklassearchitekten wie Francis Kéré, der den Pritzker-Preis dieses

Jahr gewann und sein Büro in Berlin hat. Er stammt aus Burkina Faso. Das war, glaube ich, zum ersten Mal ein Ereignis, wo die Bauwelt von der globalen Nord- und von der globalen Südhemisphäre zusammengebracht wurde. Sie dürfen nicht vergessen: In Afrika sind 80 Prozent aller Gebäude, die benötigt werden, noch gar nicht gebaut. Insofern geht es nicht nur darum, den Bestand zu ertüchtigen.

Schließlich haben wir demnächst die Bauministerkonferenz, die erste aller Zeiten, unter dem G7-Format in Potsdam, für die ich gebeten wurde, die Keynote zu halten. Sie sehen, es bewegt sich unheimlich viel. Es strahlt global aus. Aber, ich will das noch mal wiederholen, Berlin, eingebettet in Brandenburg, kann meiner Ansicht nach weltweit eine entscheidende Pionierrolle spielen. Das war jetzt natürlich „the big picture“. Mehr kann ich in dieser kurzen Zeit nicht liefern. Wir beantworten natürlich gerne im Einzelnen Fragen zu Projekten. Wir können es herunterbrechen. Warum? – Weil Berlin zum Beispiel drei riesige Projekte hätte, um zu zeigen, wo die Musik im 21. Jahrhundert im Baubereich spielt. Das wäre natürlich Tempelhof, das wäre Tegel, das wäre das alte ICC, eine Struktur, aus der man ein wegweisendes Beispiel für nachhaltige Architektur schaffen könnte.

Das war es fürs Erste. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben! Ich bin dann gerne bereit, konkret über die einzelnen Punkte zu sprechen nach den Rückfragen. Klaus Mindrup, der einer der Mitinitiatoren von „Bauhaus der Erde“ ist, und Philipp Misselwitz, mein Ko-Geschäftsführer, kann dann gern ergänzen. Ich entschuldige mich, dass ich länger geredet habe als vorgesehen, aber ich glaube, es ist ein entscheidendes Thema für das 21. Jahrhundert.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! Herr Mindrup ist dann gleich als Nächster dran. Sie haben ein bisschen länger geredet. Ich habe es jetzt auch laufen lassen, weil es doch alles interessant ist, muss aber an die Nachfolgenden appellieren, das nicht unbedingt genauso zu machen, sonst haben wir am Schluss keine Zeit mehr für die Diskussion. Das wäre tragisch. – Bitte schön, Herr Mindrup!

Klaus Mindrup (Diplom-Biologe): Herr Vorsitzender! Herr Senator! Werte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung, heute hier sprechen zu können.

Klimaschutz: Regulierung optimieren!

- Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) arbeitet wie u.a. das Bundesklimaschutzgesetz nach dem Quell- und Sektoren-Prinzip
- Problem dabei ist, dass „Importe“ und ihre CO₂-Emissionen nicht bilanziert werden
- Sinnvoll ist eine Ergänzung der staatlichen Klimaschutzbilanzierung um eine Ermittlung der Emissionen nach dem Verursacherprinzip – üblich in der Privatwirtschaft – Scope 1, 2 und 3
- Baustoffe wie Stahl und Zement profitieren davon, dass im EU Emissionshandel „noch“ 90% der Zertifikate für die Industrie frei vergeben werden – dadurch werden sie gegenüber Holz begünstigt
- Klimaneutral reicht nicht aus – wir brauchen „negative Emissionen“
- Für Gebäude und Städtebau ist ein integrierter Ansatz und eine Betrachtung des Lebenszyklus besonders wichtig:
 - Gemische Stadtteile mit kurzen Wegen reduzieren Verkehr (Sektor Transport)
 - Stromproduktion im Quartier verbunden mit modernen Speicherkonzepten (Sektor Strom)
 - Nutzung biologischer Materialien wie Holz, Stroh oder Hanf (Sektor Industrie)

Ich gehe gleich in medias res: Wir müssen im Klimaschutz die Regulierung optimieren. – Herr Prof. Schellnhuber hat schon darauf hingewiesen, wie stark der Einfluss des Bauens auf den Klimaschutz ist, aber wenn Sie in das Bundes-Klimaschutzgesetz gucken und in die entsprechende Berichterstattung, aber auch in Ihr Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, finden Sie diese Werte nicht, weil diese Bilanzierung nach dem Quell- und Sektorenprinzip funktioniert, nicht nach dem Verursacherprinzip.

Ich kann das mal zuspitzen. Die Importe nach Berlin durch Baustoffe werden dabei nicht bilanziert. Deswegen ist es wichtig, dass man neben der Klimaschutzbilanzierung nach dem Quellprinzip auch das Verursacherprinzip anwendet. Das ist üblich in der Privatwirtschaft. Da heißt es Scope 1, 2 und 3. Das wäre alles nicht so schlimm von der Bilanzierung her, wenn nicht die Situation so wäre, dass 90 Prozent der Zertifikate für den Emissionshandel im Bereich der Industrie frei vergeben werden. Das heißt: Stahl, Zement, aber auch andere Baustoffe wie Kalksandstein bekommen zu 90 Prozent die CO₂-Zertifikate als freie Erlaubnisse und werden damit gegenüber Holz begünstigt mit den entsprechenden Folgen für das Klima. Im Augenblick wird gerade auf europäischer Ebene eine entsprechende Reform diskutiert. Ich hoffe, dass das erfolgreich ist, aber es wird noch über zehn Jahre dauern, bis das aufhört.

Herr Prof. Schellnhuber hat auch gesagt: Klimaneutral reicht nicht aus, wir brauchen negative Emissionen. – Weltweit wurde da vor allen Dingen das Verbrennen von Holz und anschließendes „Carbon Capture and Storage“ – CCS – diskutiert. Da ist das Bauen mit biologischen Materialien aus meiner Sicht deutlich besser.

Und wichtig für Gebäude- und Städtebau ist der integrierte Ansatz. Entscheidend ist der Lebenszyklus. – Das ist eben auch schon erwähnt worden. Gemischte Stadtteile mit kurzen Wegen helfen beim Sektor Transport, Emissionen zu vermeiden. Stromproduktion im Quartier verbunden mit modernen Speicherkonzepten im Sektor Strom und biologische Materialien

wie Holz, Stroh oder Hanf sind eigentlich im Sektor Industrie anzusiedeln. Also Verursacherprinzip anwenden!

Aus Piloten lernen

Dachgeschoss-Aufstockung in Berlin Buch durch die HOWOGE



- ❖ Mehr Wohnraum in vorhandenen Quartieren
- ❖ Mehr Barrierefreiheit für Bestandswohnungen
- ❖ Keine zusätzliche Versiegelung
- ❖ Potential ist sehr groß

Die Howoge stockt den Fünfgeschosser an der Franz-Schmidt-Straße in Buch um drei Etagen auf.

Quelle: Berliner Morgenpost

Es gibt wunderbare Piloten, von denen man lernen kann. Dieses Gebäude wird in sechs Wochen bezogen. Das ist eine Dachgeschossaufstockung in Berlin-Buch durch die HOWOGE in Holzhybridbauweise. Prof. Schellnhuber hat schon erwähnt, warum das sinnvoll ist. Hier in dem Fall ist noch der wesentliche Punkt, dass dabei auch Fahrstühle eingebaut werden. Das heißt, wir haben auch das Thema der Barrierefreiheit gelöst. Wir haben keine zusätzliche Versiegelung, und das Potenzial gerade in Berlin mit diesen Industriebauten WBS 70 und anderen ist riesengroß für diese Dachgeschossaufstockung.

Aus Piloten lernen

Parkplatzüberbauung Dante-Bad in München



- ❖ Mehr Wohnraum – integriert in der Stadt
- ❖ Keine zusätzliche Versiegelung
- ❖ Auch für bessere Nutzung von typischen Discounter-Flächen möglich

Dann ein spannendes Beispiel: Wir haben viele Parkplätze. Sie kennen das. Es gibt große Debatten darüber. In München hat man einfach gesagt: Okay, wir lassen den Parkplatz stehen und überbauen mit Holzhybrid. Es ist die Überbauung des Dante-Bads. In der Zwischenzeit gibt es da auch ein Nachfolgeprojekt. Das funktioniert auch gut.



Aus Piloten lernen

Bebauung Lynarstraße durch Wohnsbau-Genossenschaft „Am Ostseeplatz“ eG

- ❖ Durch flexible Nutzung Reduzierung der Wohnfläche
- ❖ Intelligentes Konzept zum Schallschutz und daher Bebauung einer als „unbebaubar“ geltenden Fläche
- ❖ Genossenschaftliches Projekt – Innovation durch Beteiligung



Das ist dankenswerterweise von Ihnen gefördert worden mit 2,5 Millionen Euro, ein Projekt der Wohnungsbaugenossenschaft „Am Ostseeplatz“ eG., Lynarstraße im Wedding. Eine eigentlich als unbebaubar geltende Fläche wegen Lärmschutz hat diese Genossenschaft entwickelt, wie gesagt mit Förderung. Mieten für 6,50 Euro für die Hälfte der Anwohner und Clus-

terwohnungen. Es geht ja auch um die Frage des Wohnflächenverbrauchs. Hier optimal gelöst!

Sozial-ökologisch-wirtschaftliches Vorbildprojekt „Seestadt Aspern“ - Wien



- ❖ Neuer Stadtteil mit Integration von Wohnen, Leben und Arbeiten
- ❖ Infrastruktur (U-Bahn, Gewerbezentrum, Schulen) wurde zuerst errichtet
- ❖ Bezahlbarer Wohnraum über Gemeinnützigkeit gesichert
- ❖ Ökologische Kriterien bei der Vergabe der Grundstücke
 - Holzbau-Projekte vorhanden, aber nicht verpflichtend

Dann ist eben schon die Seestadt Aspern genannt worden. Ich gucke die mir seit sieben Jahren mindestens einmal im Jahr an. Es ist wirklich ein hochspannendes Projekt, auch mit dem zweithöchsten Holzhochhaus – mit 24 Geschossen, 75 Prozent Holzanteil – in Europa, das HoHo Wien. Es ist wirklich ein hervorragendes Projekt. Es ist eben schon mal darauf hingewiesen worden, dass sie im Augenblick nachbessern. Tatsächlich ist es so, dass die Wiener wissen, dass sie sehr stark vom Klimawandel betroffen sind. Ich war dieses Jahr schon zweimal zu Gesprächen dort, und sie begrünen intensiv nach, wie der Senator auch schon gesagt hat. Insofern brauche ich, glaube ich, dazu nichts sagen. Sie können auch tatsächlich Freiflächen schaffen, indem sie Verkehrsflächen im Augenblick entsiegeln und begrünen.

Prinz Eugen Park in München – größte Holzbausiedlung in Deutschland



- ❖ Nachnutzung ehemaliger Kaserne
- ❖ Vergabe der Grundstücke über Konzeptverfahren
- ❖ Klarer strategischer Fokus: München will im Holzbau führend werden
- ❖ Intensive Begleitung des Projektes durch die Stadt von Anfang an – z.B. Einbindung der Feuerwehr
- ❖ Breite Beteiligung – Stadtteilgenossenschaft

Wenn Sie sich mit dem Thema Holzbau intensiv beschäftigen, geht kein Weg an München vorbei. Prinz-Eugen-Park, 570 Wohneinheiten in Holz, sehr intensiv entwickelt. Ich habe das auch noch mal reingeschrieben: Das Projekt ist in der Stadt ganz doll diskutiert worden, und da steht ja nicht aus Zufall „Einbindung der Feuerwehr“. Brandschutz ist oftmals ein entscheidendes Thema.

Aktuelle Krisen

a.) Klimakrise mit ihren Folgen

- Ökosystemkrise
- Gesundheitskrise
- Ernährungskrise
- Infrastrukturkrise

b.) Wohnungskrise plus Akzeptanzkrise

c.) Energie- und Materialpreiskrise

d.) Fachkräftemangel und Demografie



Da ich zum Thema Nachhaltigkeit reden soll: Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur Ökologie, sondern bei Nachhaltigkeit geht es auch um Ökonomie und Soziales. Wir haben gerade verschiedene Krisen, die auf uns einwirken und die wir bekämpfen müssen. Die Klimakrise hat

Prof. Schellnhuber ja schon beleuchtet. Auf einen Punkt möchte ich noch mal hinweisen: Die Klimakrise ist auch eine Infrastrukturkrise. – Das sehen Sie im Augenblick gerade am Rhein, weil bestimmte Schifffahrtswege nicht mehr funktionieren, aber wir haben auch eine Wohnungskrise. Es gibt jetzt das erste Mal eine Statistik, wie viele Menschen in Deutschland wohnungslos sind, und in Berlin waren es am 31. Januar 2021 25 975 Wohnungslose in Einrichtungen. 25 975 Menschen! Wir haben also eine Wohnungskrise, aber wir haben auch eine Akzeptanzkrise. Wenn neu gebaut wird, sagt man oft: Aus Klimaschutzgründen darf man nicht neu bauen, und dadurch beschleunigt sich die Krise. Wir haben eine Energie- und Materialpreiskrise, das ist auch angesprochen worden, und wir haben einen Fachkräftemangel, und wir haben demografische Veränderungen.

Kein Feuer mit Benzin löschen! Wohnungsnot und Klimakrise müssen gemeinsam bekämpft werden!

Bauhaus der Erde darf kein Nischenprojekt sein – Bauen mit biologischen Materialien muss von der Ausnahme zur Regel werden – Umkehr der „Beweislast“

Chancen für die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg sehen – Zukunftstechnologien wie seriellen Holzbau, Erneuerbarer Energien, Batteriespeicher und Wasserstoff gezielt fördern und hoch skalieren

Heimische „Rohstoffe“ wie märkische Kiefer – im Kreislauf – nutzen

Jetzt, in dieser Situation, wenn wir die Klimakrise und die Wohnungsnot uns rauspicken, dann müssen wir das gemeinsam bekämpfen. Ich habe hier geschrieben „kein Feuer mit Benzin löschen“. Das wäre auf der einen Seite, nicht zu bauen, wodurch die Wohnungsnot größer würde, und wenn wir weiter in Stahlbeton bauen, eskaliert die Klimakrise. Also gemeinsam herangehen!

Das „Bauhaus der Erde“ – kein Nischenprojekt! Bauen mit biologischen Materialien muss von der Ausnahme zur Regel werden – Umkehr der Beweislast! Das Ganze hat erhebliche Chancen für die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg, weil das Zukunftstechnologien sind. Der serielle Holzbau entwickelt sich. Es gibt schon Unternehmen in Berlin-Brandenburg, die da rangehen. Erneuerbare Energien werden hier auch produziert und entwickelt. Batteriespeicher, Wasserstoff – am Ende geht es darum, die Region zu sein, die zukunftsfähig aufgestellt ist und heimische Rohstoffe wie die Märkische Kiefer auch im Kreislauf nutzt.

Was kann Berlin tun?

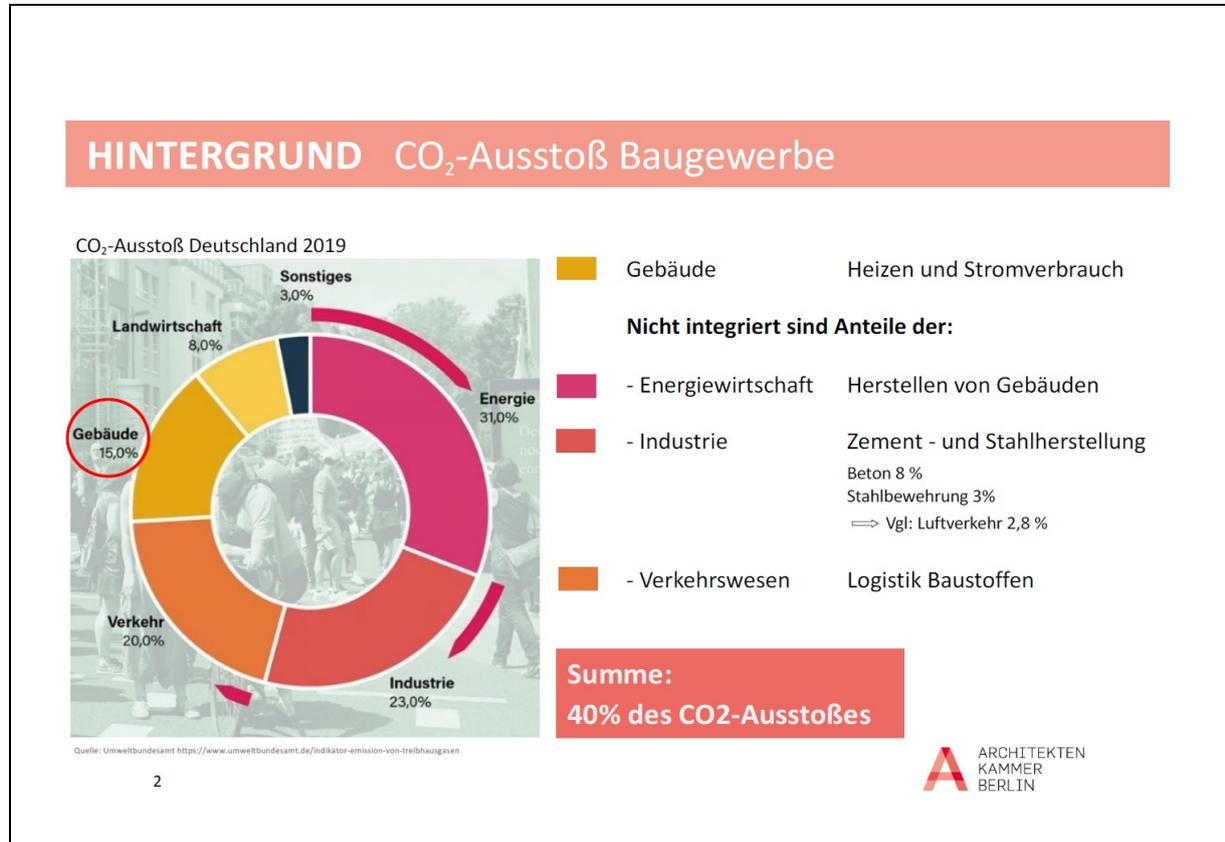
- In die Konzeptvergabe von Grundstücken das Kriterium „Bau mit Holz“ einfügen
- Das „Schuhmacher Quartier“ konsequent im urbanen Holzbau errichten
- Klare Regeln in der öffentlichen Beschaffung für Berlin und seine Verwaltung und die eigenen Unternehmen – Vorrang für Holz und andere biologische Materialien – parallel naturnaher Waldumbau der eigenen Flächen
- Förderung des Landes besonders für Holzbau – Zuschüsse und (Nachrang-)Darlehen
- Kooperation mit der Industrie, dem Handwerk, den Gewerkschaften und der Forstwirtschaft – schrittweises Hochfahren der Kapazitäten, verbunden mit Aus- und Weiterbildung
- Bundesrats-Initiative: Reduzierte Mehrwertsteuer für verbautes Holz solange wie es Befreiungen der anderen Baustoffe wie Stahl, Zement, Beton, Kalksandstein, Ziegel etc. vom CO₂ Preis gibt
- Aufbau einer doppelten Klimaberichterstattung für Berlin, die Verwaltung und die eigenen Unternehmen – neben Quell- und Sektorenprinzip Verursacherprinzip anwenden
- Enge Kooperation mit Brandenburg

Jetzt kommen wir zu dem Punkt: Was kann Berlin tun? – In der Konzeptvergabe von Grundstücken können Sie das Kriterium „Bau mit Holz“ einfügen. Das machen andere Städte wie München. Das Schumacher Quartier wirklich konsequent im urbanen Holzbau errichten, keine Kompromisse! Klare Regeln für die öffentliche Beschaffung für Berlin und seine Verwaltung und die eigenen Unternehmen! Vorrang für Holz und andere biologische Materialien! Parallel naturnaher Wald, Umbau der eigenen Flächen! Berlin ist ja auch ein großer Flächeneigentümer. Die Förderung des Landes auch auf Holzbau konzentrieren! Wichtig: Zuschüsse! – Aber es gibt auch Nachrangdarlehen, mit denen Berlin gute Erfahrung gemacht hat, was den Bestandserwerb angeht, und Wien arbeitet zum Beispiel auch stark mit Nachrangdarlehen. Das hilft, ohne Zuschüsse zu zahlen. Dann – Kooperation mit der Industrie, dem Handwerk, den Gewerkschaften und der Forstwirtschaft, schrittweises Hochfahren der Kapazitäten verbunden mit Aus- und Weiterbildung. Wichtig: Bringen Sie eine Bundesratsinitiative auf den Weg für eine reduzierte Mehrsteuer für verbautes Holz. – Wenn Sie im Augenblick Holz verbrennen, zahlen Sie den ermäßigten Mehrsteuersatz. Wenn Sie mit Holz bauen, zahlen Sie 19 Prozent, und Holz ist im Augenblick diskriminiert gegenüber Stahl, Zement, Beton, Kalksandstein, weil die eben vom CO₂-Preis noch befreit sind. Aufbau einer doppelten Klimaberichterstattung, also auch das Verursacherprinzip! Enge Kooperation mit Brandenburg! Und Sie haben das gehört: Kooperieren Sie eng mit dem „Bauhaus der Erde“! – Da ist unglaublich viel Know-how. Das habe ich hier nicht aufgeschrieben, weil es eine Selbstverständlichkeit ist. – Danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank, Herr Mindrup! – Wir gehen weiter zu Frau Keilhacker. Sie ist zugeschaltet und hat auch eine Präsentation. – Sie haben das Wort, Frau Keilhacker. – Bitte schön!

Theresa Keilhacker (Architektenkammer Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Senator! Bis jetzt gehen die Anhörungen alle in eine ähnliche Richtung, und dem schließe ich mich absolut an.

Wir haben wirklich wenig Zeit zum Handeln. Deswegen habe ich jetzt auch einfach für die Abgeordneten noch mal ganz kurz zusammengefasst, was ich denke, das ganz konkret auf Berlin, aber auch im Zusammenhang mit Brandenburg getan werden kann.



Die nächste Folie können wir auch recht schnell durchgehen, weil das ausreichend beschrieben worden ist. Der Bausektor und der Verkehrssektor sind die größten Klimaemittenten. Deswegen sind dort die größten Stellschrauben zu finden.

Wir haben im Pariser Klimaschutzabkommen darauf verständigt, dass wir diese Ziele innerhalb einer bestimmten Zeit erreichen.



HINTERGRUND KLIMAKRISE

Pariser Klimaschutzabkommen

UN –Klimakonferenz, Paris 2015
197 Staaten einigen sich auf globales Klimaschutzabkommen

Ziel

Durchschnittstemperatur < **1,5°C** ggb. vorindustriellen Niveau

Anmerkung

aktuell	+ 1,2°C	
ohne Klimaschutzmaßnahmen	+ 5°C	⇒

Entspricht Temperaturunterschied letzten Eiszeit zu Heute
Quelle: wikipedia.org/wiki/Globale_Erwärmung

A ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

https://holzbaustus.berlin/mensa-waldcampus-bernwalde_sandrea-gohrke/

Wir müssen CO₂-Tonnen in Größenordnungen reduzieren, was tatsächlich nur mit einem beherzten Vorgehen möglich ist.



HINTERGRUND KLIMAKRISE

*„...das Einhalten dieser Zielmarke ist nur dann zu erreichen, wenn Deutschland bis etwa zum Jahr **2035 CO₂-neutral** wird.“*

*„In den **nächsten 5 - 6 Jahren** müssen sich die Deutschen Treibhausgasemissionen halbieren, was einer mittleren Reduktion von **60 - 70 Mio. t CO₂** pro Jahr entspricht.“*

*„In **letzten 10 Jahren** Reduktion im Schnitt lediglich **8 Mio. t CO₂** pro Jahr.“*

Studie vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH im Auftrag von fff 2020
CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C – Grenze

 ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN



Entsprechend, das hat auch Prof. Schellhuber anschaulich dargelegt, müssen wir eine Reduzierung der Rohstoffe, eine Bauwende hin zu nachwachsenden Rohstoffen vollziehen.

BAUWENDE

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK



„Wir müssten das Haushaltsrecht so einschränken, dass wir sagen: Für alles was ihr baut müsst ihr in einen Fonds einbezahlen und dieser Fonds wird nach dem **Life-Cycle-Ansatz** bestimmt.“

*Dr. Frank Nägele,
Staatssekretär für
Verwaltung und
Infrastruktur-
modernisierung a. D.*



© Bildnachweis: Theresa Keilhacker Zitat Dr. Frank Nägele anlässlich der Veranstaltung StadtWertSchätzen 2021 – Prozessmanagement gestalten! am 30. Juni 2021

Wir müssen auch unseren Haushalt so gestalten, dass man im Haushaltsrecht mehr auf die Instandhaltung schaut und damit auch wertvolle Gebäudesubstanz nicht in diesen Instandhaltungsrückstau bringt, sondern tatsächlich im Haushaltsrecht einen Lifecycle-Ansatz berücksichtigt. Das hat Dr. Frank Nägele sehr schön mit diesem Satz, den wir hier aus einer Veranstaltung zitiert haben, auf den Punkt gebracht. Der Doppelhaushalt ist schon verabschiedet, aber, bitte, liebe Abgeordnete, nehmen Sie sich das vor! Die bestehenden Gebäude sind nach wie vor in Berlin in einem ziemlich grauenhaften Instandhaltungsrückstau. Demzufolge ist die graue Energie gefährdet, und wir müssen an diesem Thema wirklich ganz dringend arbeiten.

BAUWENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK



„Die nachhaltige Nutzung bestehender Immobilien ist ein essenzieller Beitrag zur Erreichung der dringenden Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens.“

Till Fellrath, einer der neuen Direktoren des Museums Hamburger Bahnhof

A ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

Quelle: Berliner Zeitung vom 27./28. August 2022

Auch hier wieder ein Beispiel, die Rieckhallen, die aufgrund des ökonomischen Drucks vom Abriss bedroht sind, obwohl es hier einen Grundstückstausch gibt, der eigentlich inzwischen in trockenen Tüchern sein sollte. Ein weiteres Beispiel, wo auch der stellvertretende Direktor des Museums im Hamburger Bahnhof selbst sagt, wir müssen die Pariser Klimaschutzziele einhalten. Kultur und Klimaschutz zusammen zu denken, ist hier wichtig.



Novellierung der BauO Bln – 6. Änderungsgesetz

„Ein wichtiges Thema ist die Genehmigungspflicht für die Beseitigung von Wohnraum, zurzeit geregelt in den aktuellen §§ 59 letzte Variante, 62 Abs. 1 S. 2 und 63b, ansonsten verfahrensfrei bzw. nur anzeigepflichtig nach § 61 Abs. 3. Die Genehmigungspflicht ist ein wichtiges Instrument und muss auch in zukünftigen Debatten mindestens erhalten bleiben; politische Diskussionen mit dem Ziel einer Abschaffung dieser erfolgen zu Unrecht!

Im Sinne der Nachhaltigkeit sollte im Gegenteil eine Erhöhung der Anforderungen für eine Genehmigung in § 63b stattfinden, z. B. eine **Darlegungspflicht**, in wie weit der Neubau tatsächlich ökologischer / ökonomischer ist (Regel-Ausnahme-Prinzip) – dabei sind die „Graue Energie etc.“ sowohl bei der **Lebenszyklusanalyse (LCA)** als auch bei der **Lebenszykluskostenberechnung (LCC)** mit einzubeziehen.

Beim LCC sind Abriss und Rückbau des Bestands dem Ersatzneubau zuzuordnen.

Dem Bestand sind nur die geplanten Sanierungs- bzw. Umbaumaßnahmen zuzurechnen. Kosten für Instandhaltung sind im Kostenvergleich transparent zu machen und entsprechend im Kostenvergleich abzuziehen.“

Wir haben ganz konkret einen Regelungsbedarf im Änderungsgesetz der Novellierung der Bauordnung. Auch wenn sie jetzt von Herrn Senator Geisel aufgrund verschiedener Hintergründe, die wir alle schon kennen, zurückgestellt worden ist, möchte ich doch noch mal sagen, dass der neue Anlauf eigentlich sogar noch einen Schritt weitergehen muss. Wir müssen diese Darlegungspflicht in den Vordergrund stellen, dass ein Instandhaltungsrückstau ökonomisch bewertet wird und damit der Lebenszyklus in die Betrachtung einbezogen wird. An der Stelle ist der Paragraph einfach noch ein Stück weiter zu drehen, damit wir CO₂ einsparen können. Hier ist das Beispiel Luckeweg, eine riesige Wohnanlage, die auch abgerissen werden soll.



BAUWENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Beispiel „Masterplan Solarcity Berlin“: Hemmnisse beseitigen

**Masterplan
Solarcity
Berlin**

https://www.ak-berlin.de/fileadmin/user_upload/Fachthemen_Nachhaltiges_Planen_und_Bauen/20220706_Positionspapier_Foerderung_Mieterstrom.pdf

A ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

Masterplan Solarcity Berlin: Wir haben große, ehrgeizige Ziele. Hier vielleicht in Richtung Bund: Herr Senator Geisel, Sie müssten zusammen mit Senator Schwarz noch mal an das Mieterstromgesetz des Bundes ran und sich dort einbringen. Es gibt ganz viele praktische Hemmnisse, die wir hier haben. Wir können deshalb den Masterplan in dem Sinne nicht umsetzen. Wir haben dazu eine Stellungnahme eingereicht.

TEGEL PROJEKT GMBH

BAUWEENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Nachhaltiges Wirtschaften mit Holz und R-Beton

TEGEL PROJEKT GMBH

Tegel Projekt GmbH > Schumacher Quartier

PROJEKT

BERLIN TXL - SCHUMACHER QUARTIER

Berlin wächst und braucht bezahlbare Wohnplätze. Das Schumacher Quartier entsteht als smartes Wohnviertel mit Kitas, Schulen und Energieversorgung und hoher Energiestandards. Im Schumacher Quartier entstehen städtischen Quartier mit Kitas, Schulen und Energieversorgung und hohe Energiestandards der Urban Tech Republic - erforscht und entwickelt werden. Für die benachbarten C weitere 4.000 Wohnungen geplant.

[WEITERE INFORMATIONEN FINDEN SIE AUF DER WEBSEITE DES SCHUMACHER QUARTIER](#)

Tegel Projekt GmbH > Urban Tech Republic

PROJEKT

BERLIN TXL - THE URBAN TECH REPUBLIC

Der ehemalige Flughafen Tegel macht Platz für Berlin. Auf dem 100 ha großen Areal entstehen ein Forschungs- und Industriepark für urbane Technologien: Berlin TXL - The Urban Tech Republic und sein neues Wohnviertel das Schumacher Quartier. Zudem ein Landschaftsraum, der von Grün Berlin entwickelt wird. In der Urban Tech Republic werden bis zu 1.000 große und kleinere Unternehmen mit 20.000 Beschäftigten forschen, entwickeln und produzieren. Und mehr als 2.500 Studierende werden mit der Berliner Hochschule für Technik in das ehemalige Terminalgebäude einziehen. Insgesamt sollen rund 5.000 Studierende den Campus Berlin TXL besiedeln. Im Fokus von Berlin TXL steht, was die wachsenden Metropolen des 21. Jahrhunderts am Leben erhält: der effiziente Einsatz von Energie, nachhaltiges Bauen, umweltchonende Mobilität, Recycling, die vernetzte Steuerung von Systemen, sauberes Wasser und der Einsatz neuer Materialien. Berlin TXL - The Urban Tech Republic ist ein derzeit in Europa, wenn nicht weltweit, einzigartiges Vorhaben.

[WEITERE INFORMATIONEN FINDEN SIE AUF DER WEBSEITE DER THE URBAN TECH REPUBLIC](#)

ARCHITEKTEN KAMMER BERLIN

Bildnachweis: <https://www.tegelprojekt.de/urban-tech-republic.html>

Es wurde schon angesprochen, dass Berlin-Tegel mit dem Schumacher Quartier natürlich ein vorbildliches Quartier für ein nachhaltiges Wirtschaften mit Holz ist. Aber vielleicht auch bei den Kernthemen, wie Treppenhäusern usw., kann mit man in großem Stil mit recyceltem Beton arbeiten. „R“ steht für Ressourcen bzw. recycelten Beton. Wir hatten gerade einen sehr schönen Fachdialog mit der Senatsverwaltung hierzu, dass Berlin dafür ein Cluster werden könnte, nicht nur für den Holzbau, sondern auch für dieses Thema.

BAUWEENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Beispiel:
Molkenmarkt als
fossilfreies Quartier
gestalten!

**GRÜNE STADT
DER ZUKUNFT**
KLIMARESILIENTE QUARTIERE IN EINER WACHSENDEN STADT

14

Bildnachweis: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Bildnachweis Grüne Stadt: Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Leitinitiative Zukunftstadt
<https://www.bkt.tum.de/Wissenschaft/foed00du/bsp/Bilder/>
Projekte/GrueneStadt/Broschüre_Einleitung.pdf

ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

ARCHÄOLOGIE
WOHNEN & ARBEITEN
FREIRAUM
KULTUR & WISSENSCHAFT

VERKEHRSLICHE INFRASTRUKTUR
PROJEKTGEBIET STADTWERKSTATT
ZUKÜNFTIGE U-BAHN STRECKE
ZUKÜNFTIGE TRAMSTRECKE

Die grüne Stadt wurde schon mehrfach angesprochen. Das ist hier ein Forschungsprogramm vom Bund, was immer wieder in neuen Varianten aufgelegt wird. Wir können am Beispiel Molkenmarkt ein fossiles Quartier gestalten. Das sind die Möglichkeiten, die wir jetzt haben, in die Zukunft zu schauen.



BAUWENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Beispiel:
Friedrichstraße
zusammen mit
Checkpoint Charlie
für die **Verkehrs-
und Bauwende**
gestalten!
(Wettbewerb nach RPW)

**GRÜNE STADT
DER ZUKUNFT**
KLIMARESILIENTE QUARTIERE IN EINER WACHSENDEN STADT

A ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

© Bildnachweis: Theresa Kellhacker

Bildnachweis Grüne Stadt: Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Leitinitiative Zukunftsstadt
https://www3.ism.uni-due.de/Research/AC02020/Aggr/Bilder/Projekte/GrueneStadt/Broschüre_Einleitung.pdf

Das Beispiel Friedrichstraße könnte mit dem Checkpoint Charlie, einem Entwicklungsgebiet, was wir jetzt zum Glück in einen qualifizierten B-Plan überführt haben, zusammen gedacht werden. Auch hier kann ein Stadtquartier in der Verkehrs- und Bauwende zusammen gedacht werden.



BAUWENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

1. **Abriss-Moratorium unterstützen**
2. *Qualifizierten Freiflächenplan und vieles mehr in der Novellierung der Berliner Bauordnung berücksichtigen.*
3. **Ermessensspielräume beim Planen und Bauen im Bestand nutzen.**
4. *Ressortübergreifend zusammenarbeiten.*
5. **Faire Wettbewerbe und Verträge umsetzen.**
6. *Kleinteilige Vergabe stärken, Kreativität fördern.*
7. **Sozialen Wohnungsbau von starren Regeln und Phantasielosigkeit befreien.**
8. **Bestandertüchtigung und Umnutzung zum interessanten "Produkt" machen und Investitionsanreize schaffen.**

 ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

© Bildnachweis: Theresa Keilhacker

Wir haben natürlich eine ganze Reihe von Wünschen an die Abgeordneten, die Politik, die Senatsverwaltung. Wir bereiten gerade ein Abrissmoratorium vor, was auch an den Bund gehen soll. Wir wünschen uns selbstverständlich den qualifizierten Freiflächenplan und vieles mehr in der Novellierung der Bauordnung. Die Ermessensspielräume, die es jetzt schon in der Verwaltung gibt, müssen genutzt werden. Faire Wettbewerbe und Verträge mit einer kleinteiligen Vergabe fördern die Kreativität in der Hinsicht. Auch der soziale Wohnungsbau kann sich von starren Regeln befreien, hin zu mehr Klima- und Mieterschutz. Das kann zusammengehen. Bestandertüchtigung zu einem interessanten Produkt zu machen und Investitionsanreize zu schaffen, sind ein paar Punkte.



BAUWENDE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Brandenburgische
Architektenkammer
Körperschaft des öffentlichen Rechts

ARCHITEKTEN
KAMMER
BERLIN

Pressemitteilung
24. Juni 2022

**Eine IBA für Berlin und Brandenburg ist
Experimentierraum und Reallabor zugleich!**

Paradigmenwechsel einleiten, Prozessqualitäten stärken, Transformation testen

- KLIMA-REGION Berlin-Brandenburg zusammendenken.
- Bau(kultur)ausstellung Berlin-Brandenburg dafür nutzen.

„Wir brauchen dringend mehr Mut und eine weit größere
Bereitschaft Wagnisse einzugehen. Bauwende jetzt!“

https://www.ak-berlin.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen_2022/08_PM_Eine_IBA_fuer_Berlin_und_Brandenburg.pdf

Es wurde heute schon angesprochen, auch vom Senator und von Frau Gennburg, dass wir eine IBA für Berlin und Brandenburg planen, die Experimentierraum und Reallabor zugleich sein soll. Das ist wirklich die große Chance, die Klimaregion Berlin-Brandenburg zusammen zu denken. Wir haben ein sehr schönes Basispapier von der Senatskanzlei, damals von der SPD initiiert, Klima-IBA in den Vordergrund zu stellen. Wir müssen ganz eng daran weiterarbeiten. Ich wünsche mir sehr, dass wir mit dem „Bauhaus der Erde“ gemeinsam einen vorbildlichen Raum schaffen können. Wir brauchen dafür Mut, auch Wagnisse einzugehen. Ich wünsche mir eine Bauwende jetzt! – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Frau Keilhacker! – Möchte der Senat jetzt gleich etwas beitragen? Das wäre vielleicht die Gelegenheit, zu sagen, wie weit wir sind. – Bitte schön!

Senator Andreas Geisel (SenSBW): Ich wollte einfach zum Sachstand sagen, dass Prof. Schellnhuber bereits vor der institutionellen Gründung des „Bauhauses der Erde“ mit der früheren Senatsbaudirektorin, Frau Lüscher, über konkrete Kooperationsmöglichkeiten mit dem Land Berlin gesprochen hat. Jedenfalls ist mir das aufgeschrieben worden. Ich erinnere mich, dass Frau Lüscher mir das auch so gesagt hat. Wir finden das gut. Ein erstes konkretes Ergebnis war die gemeinsame Antragstellung im Förderprogramm der EU „Neues Europäisches Bauhaus“. Es ging dabei um die im Aufbau begriffene Holzbauhütte am Schumacher Quartier in Tegel mit aktiven Unterstützern von der TU Berlin und der Fraunhofer-Gesellschaft. Leider war diese Antragstellung nicht erfolgreich, aber dessen ungeachtet könnten wir trotzdem diese Holzbauhütte auch bei weiteren vergleichbaren Projekten unserer Se-

natsverwaltung mit dem „Bauhaus der Erde“ zusammendenken, weil wir eine Vielzahl von Entwicklungsgebieten haben und eine Vielzahl von Projekten auf den Weg bringen. Das Schumacher Quartier in Tegel ist ein erstes Modellprojekt. Aber bei Modellprojekten soll es ja nicht bleiben, sondern es geht darum, das dann weiterzudenken.

Mein Haus ist sehr offen für die Mitwirkung an zukünftigen Aktivitäten im „Bauhaus der Erde“. Frau Prof. Kahlfeldt, von der ich herzlich grüßen soll, ist zu jedem weiteren Gespräch selbstverständlich bereit. Wir freuen uns darauf.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann treten wir jetzt in die Fragerunde ein. Es beginnt die Kollegin Gennburg für die Linksfraktion. – Bitte schön!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank! – Auch wir freuen uns sehr, dass heute dieses Thema auf der Tagesordnung steht, jetzt wieder mitten in diesem Sommer der extremen Wetterereignisse. Wir sehen, dass es keinen Weg zurück gibt. Ich habe auch noch mal die Chance genutzt, im Sommer ein paar Sachen nachzulesen und habe Ihre Ausführungen, Herr Schellnhuber, sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen. Sie sagen ja sehr eindrücklich, dass es nicht reicht, weniger CO₂ auszustößen, sondern dass wir CO₂ aus der Atmosphäre saugen müssen. Das macht deutlich, dass die Reise nur in ein radikales Umdenken führen kann. Sie sagen ganz klar, dass Beton der Klimakiller und für 40 Prozent aller Emissionen weltweit verantwortlich ist.

Wir hatten letzte Woche am Freitag die Freude, mit dem Umweltausschuss eine Waldtour zu machen. Ich will das mal verbinden, weil sich die Fragen über den Holzbau da sehr konkret stellen. Ich habe als stadtentwicklungspolitische Sprecherin den Aufbau der Holzbauhütte die letzten Jahre verfolgen dürfen, habe auch leider verfolgen müssen, dass das viel zu langsam vorangeht und wir wirklich sehr umfangreiche Probleme zu lösen haben, bis hin zu der Frage, wie regional eigentlich der Holzbau hier in Berlin ist. Das ist ja eine ziemlich irdische Frage beim Handwerk, wie regional es schon angesiedelt ist. Dazu ist Moritz Maria Karl von der TU Berlin sehr informiert, mit dem ich mich darüber ausgetauscht habe.

Die Berliner Forsten sagen, dass sie sich sehr freuen würden, wenn viel mehr Holz aus dem Wald rausgeholt werden würde und das hier in die regionale Bauwirtschaft einfließen könnte. Ich habe die Förster gefragt: Wie sieht es denn aus, wenn wir mit einer globalisierten und monopolisierten Bauindustrie konfrontiert sind? – Sie sehen das überall in Berlin, Züblin und Strabag bauen. Die sind in globale Lieferketten verflochten. Auf die Frage, wie wir eine regionale Bauwirtschaft gegen diesen Lieferkettenkapitalismus stellen wollen, hätte ich wirklich gerne Antworten, denn ich sehe sie noch nicht. Auch die Forsten konnten mir das nicht sagen. Sie sagten, sie hängen in Verträgen mit Privaten. An die Frage, wie das Land Berlin tatsächlich einen anderen Zugang bekommen kann, möchte ich die Frage anhängen – auch an den Herrn Bausenator –, wie sich eigentlich daraus auch die Frage ergibt, dass wir Vergabekriterien ändern müssen. Wir haben ja nicht nur die Frage der regionalen Holzbauwirtschaft, die noch nicht in dem Maß vorhanden ist, wir haben das Problem der globalen Lieferketten, aber auch das Problem der Vergabekriterien, die für eine regionale Bevorzugung – würde ich jetzt schon mal sagen – garantiert wieder große Probleme mit sich bringen wird. Ich hätte dazu gerne einen Hinweis, wenn Sie den haben.

Ich will auch an das anschließen, was Frau Keilhacker gesagt hat, an die Frage der Bauordnung. Frau Keilhacker hat uns aufgefordert, bei dem Thema noch radikaler zu werden. Deswegen, Herr Geisel, an Sie die Frage: Wie kommen wir dahin, dass wir diesen Cradle-to-Cradle-Ansatz auch wirklich verankern? – Die eindringliche Mahnung ist im Raum. Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich harte Kompromisse schließen bei der Frage, wie wir zu einer radikaleren Bauordnung kommen.

Meine Frage an Herrn Schellnhuber und gerne auch an Herrn Mindrup: Müssten wir das Thema Klimaschutz nicht in der Verfassung verankern, um ein solches Rückzugskriterium zu haben, um diese Dinge durchzusetzen? – Wir sehen ja – es wurde jetzt schon gesagt –: Bei Paragraf-34-Vorhaben wird immer wieder erklärt, dass wir den Wohnungsbau brauchen und deswegen in die grüne Fläche reinbauen müssen. Wir haben immer wieder das Problem, dass der Wohnungsbau gegen die Ökologie gestellt wird. Das muss aufhören. Das geht nur, wenn es harte Vorgaben gibt, einen harten Rahmen, in dem der Klimaschutz gleichwertig in den Raum gestellt wird.

Deswegen noch die Frage: Wie wollen wir das jetzt eigentlich in Richtung IBA weiterdenken? Was braucht Berlin? – Frau Keilhacker, Sie hatten es schon gesagt, wir hatten in der letzten Legislaturperiode ausgiebige Diskussionen dazu, was Berlin gerade braucht, ob es eine IBA braucht. In Berlin wurde sehr viel und sehr viel Unsinniges gebaut, es wurde sehr viel Beton vergossen. Meine ganz konkrete Frage ist: Braucht es nicht eigentlich eine Nicht-Bauausstellung? – Darüber haben wir in der letzten Legislaturperiode auch gesprochen. Ich würde mich auch von Ihnen, Herr Schellnhuber und Herr Mindrup, über eine Antwort freuen. Ich habe mir Ihre Unterlagen zum „Bauhaus der Erde“ sehr genau angeschaut. Sie sagen da ganz klar: Bauen muss vermehrt ohne Neubau auskommen, und alle Materialien müssen vollständig wiederverwendbar oder kompostierbar sein. – Braucht es nicht eigentlich ein Beratungsgremium, eine Art Runden Tisch „Ökologische Stadtentwicklung“, um genau das, was Sie zu Recht fordern, tatsächlich in ein konkretes Verwaltungshandeln und in Politikprozesse immer wieder einzuführen und die Diskussion dazu immer weiterzuentwickeln? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt ist Herr Förster für die FDP-Fraktion dran. – Bitte schön!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank auch von mir für Ihre Einblicke und Ihre Anregungen. Ich glaube, insgesamt ist es gar nicht strittig, dass man auch jenseits von Stahlbeton andere Baustoffe und Materialien hat, die man sinnvoll einsetzen kann. Das Thema ist ja mittlerweile weit aus dem Stadium von Spinnereien und Utopien raus. Ich glaube, das kann man festhalten. Das ist auch gar nicht der Diskussionspunkt heute. Die spannende Frage ist ja am Ende, wie man trotzdem ein relativ preiswertes Bauen ermöglichen und diese Baustoffe einsetzen kann. Da bin ich auch bei Senator Geisel. Uns ist ja nicht geholfen, wenn wir die Bauordnung immer mehr überfrachten und verschärfen und Bauen immer teurer wird und wir am Ende überhaupt keinen Wohnungsneubau mehr haben, weil auch die städtischen Gesellschaften und die Genossenschaften sagen, für die Preise, die aufgerufen werden, werden wir am Ende keine neuen Wohnungen mehr herstellen können, jedenfalls nicht zu Preisen, die der Markt, der gefördert ist, bereit ist, zu zahlen bzw. die Gesellschaften wirtschaftlich noch abdecken können.

Da wäre jetzt an Sie, Prof. Schellnhuber, und an Sie, Herr Mindrup, die Frage: Wie kann man gerade bei der Produktion, beim seriellen Fertigen von Holz Fortschritte machen, dass man in ein kostengünstigeres Verfahren kommt? – Die Bauwirtschaft und die Projektentwickler, ob städtisch, genossenschaftlich oder privat, werden gucken, was am günstigsten ist. Wenn die von Ihnen dargestellten Verfahrensweisen günstiger sind als Stahlbeton, wird man automatisch im marktwirtschaftlichen Anreizsystem sagen, die werden wir nehmen, damit werden wir bauen. Ich glaube, die Fragen der Kosten und der Transportwege sind ganz entscheidend. Wenn uns beim Schumacher Quartier vorgestellt wurde, dass man das Holz dafür im Umfeld ernten will und es damit kurze Wege hat, dann mag das sinnvoll sein, und es wird dort Sinn machen. Auf Dauer Holz aus Kanada zu importieren, ist wahrscheinlich weder öko noch logisch. Wir müssen also schon irgendwie hier in der Nähe eine solide Holzwirtschaft haben, die wir nutzen können. Diese Fragen stellen sich auch.

Zur Frage der Lebenszyklen von Bestandsgebäuden: Herr Mindrup hatte auf das Projekt hingewiesen, wo die HOWOGE die Dachgeschosse aufgestockt hat. Ich kenne zum Beispiel von der DEGEWO gegenteilige Aussagen, wo die mir in Köpenick zu den alten Q3A-Bauten, die jetzt 60, 65 Jahre stehen, erklären, dass die maximal noch eine Lebenszeit von 30, 40 Jahren hätten, weil die in den 50-er- und 60-er-Jahren mit schlechtem Beton gebaut wurden. Da lohne sich das Aufstocken nicht, weil man sowieso relativ bald wieder neu bauen müsse. Insofern ist die Frage auch: Wann machen Aufstocken und Bestandhaltung Sinn? Wann ist man im Sinne eines klimaschonenden Neubaus sogar besser dran, wenn man sagt, man baut gleich neu und hat dann wieder 100 Jahre Ruhe? Das ist eine Diskussion, die uns die Genossenschaften und die städtischen Gesellschaften abverlangen.

Ich will noch, weil das vielleicht aus Zeitgründen ein bisschen zu kurz kam, nach dem Bauen mit Lehm fragen. Lehm ist ja ein Material und Baustoff, der in den früheren Jahren sehr oft genutzt wurde. Das Haus meiner Großeltern im Harz ist 100 Jahre alt, ist heute noch im Sommer schön kühl, im Winter schön warm. Lehm ist ein wunderbarer Baustoff, mit dem früher auch die kleinen Leute gebaut haben, weil er ressourcenschonend und preiswert war. Ist es eine Möglichkeit, das zu verstärken? Wir haben hier Lehmgruben in Berlin und Möglichkeiten auch im Brandenburger Umland, den Lehmbau im Vergleich zu Beton wieder stärker ins Auge zu fassen.

Eine Frage noch: Wo stehen wir im europäischen Vergleich bei dieser Thematik? Wo sind andere Länder weiter? – Dass Deutschland einen Vorbildcharakter haben kann, ist keine Frage. Aber am Ende wissen wir auch, dass wir das Weltklima nicht retten werden, wenn große Länder, wie China, Brasilien oder Indien, nicht auch von den Segnungen profitieren und die Anreize haben, das aufzugreifen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön, Herr Förster! – Jetzt ist Frau Bung für die CDU-Fraktion dran. – Bitte schön!

Stefanie Bung (CDU): Zunächst danke ich erst mal allen Anzuhörenden für die interessanten Ausführungen. Es wurden meines Erachtens jetzt fast alle wichtigen Fragen gestellt. Eine Frage blieb für mich noch offen, und zwar an Frau Keilhacker, da ich aus der Kulturpolitik komme. Sie hatten ganz kurz die Rieckhallen erwähnt. Das ging ein wenig schnell. Vielleicht könnten Sie hierzu noch mal etwas sagen, weil mir der Erhalt der Rieckhallen sehr am Herzen liegt und wichtig ist und wir später die Sitzung im Kulturausschuss haben.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt stehe ich selber auf der Redeliste für Bündnis 90/Die Grünen.

Andreas Otto (GRÜNE): Ich möchte mich bei allen Anzuhörenden bedanken. Ich glaube, wir haben eine ganze Menge gelernt und einen guten Einblick in das bekommen, was das „Bauhaus der Erde“ leisten kann, aber auch dahingehend, was von Berlin und Berlin-Brandenburg erwartet wird. Die Mühen der Ebene haben wir schon ein bisschen kennengelernt, deswegen habe ich ein paar Nachfragen dazu.

Herr Mindrup, Sie haben sehr anschaulich über die Benachteiligung von nachwachsenden Baustoffen berichtet. Das ist ja nicht nur bei Holz, sondern auch bei anderen der Fall. Sie haben uns eine Bundesratsinitiative vorgeschlagen. Das können wir bestimmt machen. Aber bis eine Bundesratsinitiative im Bundesrat und dann im Deutschen Bundestag und bei der Bundesregierung angekommen ist, ist unsere Legislatur um. Vielleicht können Sie uns noch ein paar andere Hinweise geben, wie wir das schneller hinbekommen. Einerseits sind es solche Finanzüberlegungen. Halten Sie es zum Beispiel für sinnvoll, dass wir in Berlin mit dem nächsten Haushalt eine eigene Holzbauförderung auflegen? Das wäre ja eine Variante, so wie das in anderen Bundesländern der Fall ist. In München haben sie auch so eine Förderung erfunden. Das ist eine Frage. Wie kommen wir aus der Situation, dass uns der Senat oder einzelne Wohnungsbaugesellschaften sagen, nein, das ist alles zu teuer, das können wir alles gar nicht machen? Wie können wir dem relativ kurzfristig etwas entgegensetzen?

In dem Zusammenhang würde ich gerne den Senator etwas fragen. Es gibt jetzt immer Gerüchte, dass die 5 000 Holzbauwohnungen im Schumacher Quartier irgendwie wackelig wären. Ich würde von Ihnen gerne noch mal bestätigt haben, dass dieses festgezurrte Ziel des Berliner Senats nach wie vor mit aller Kraft verfolgt wird. Es ist vielleicht wichtig, das hier mal öffentlich klarzustellen.

Frau Keilhacker würde ich gern etwas fragen. Sie haben dieses Abrissthema benannt. Ich weiß, dass das für Sie und die Kammer sehr wichtig ist. Haben Sie inzwischen mal überlegt, wie man das am besten fassen könnte, auch in der Bauordnungsdebatte? Wir kommen dann in solche juristischen Diskussionen. Dann sagt einer: Mit meinem Eigentum habe ich sehr weitgehende Rechte, zu bestimmen, was damit passiert. – Auf der anderen Seite haben wir den Klimanotstand, hat der Senat beschlossen, und wir haben eigentlich sehr gute Begründungen, zu sagen, nein, fast jeder Abriss ist eigentlich einer zu viel. Wir sind bisher aber nicht so richtig dahin gekommen, wie man das fassen kann und auch rechtssicher gestaltet. Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage an Sie ist: Wie schätzen Sie als Präsidentin der Kammer von mehreren Tausend Architektinnen und Architekten ein, wie gut die eigentlich im Stoff sind? Kann ich heute in jedem Architekturbüro anrufen und sagen: Bau mir ein Haus aus Holz. Bau mir ein Haus aus Stroh. Mach mir eine Strohdämmung. – Wie ist eigentlich das Thema nachwachsende Baustoffe bei allen, die solche Büros haben, angekommen? – Vielleicht können Sie auch sagen, was der Weg dahin ist. Ich vermute, dass Sie noch nicht bei 100 Prozent sind. Ich treffe öfter Bauherrinnen und Bauherren, die sagen: Ich finde keinen Architekten, der so etwas macht. Der Architekt, den ich angerufen habe, hat gesagt, mach Stahl und Glas, das ist cool, das sieht kulturvoll aus, das ist modern, mach das. – Ich habe das Gefühl, wir müssen in der

ganzen Breite, in der Verwaltung, aber auch in der Architektenschaft, dahin kommen, dass einem das überall entgegenruft. Das waren erst mal meine Fragen. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Ich habe jetzt Herrn Stettner auf der Liste.

Dirk Stettner (CDU): Zunächst einmal vielen Dank an alle Vortragenden. Ich möchte mich auf eine zentrale Fragestellung konzentrieren, nach kurzen einführenden Bemerkungen. Ich glaube, es ist ziemlich klar, wo wir hinmüssen und wo wir auch gerne hinwollen. Das haben Sie, Herr Professor, deutlich beschrieben. Es steht, denke ich, außer Frage – der Senator hat es auch angesprochen –, dass das Thema Schwammstadt von großer Bedeutung ist, um einen nachhaltigen Kreislauf in der Bauwirtschaft zu schaffen. Ich glaube, das muss ich nicht alles wiederholen. Die Beispiele, die genannt worden sind, zeigen uns aber auch, dass das viel Geld kostet. Nehmen wir zum Beispiel Aspern, da ist der ÖPNV vorher und eben nicht nachher hergestellt worden. Der Senator hat es angesprochen.

Wir wissen, dass es – Schumacher Quartier, der Vorsitzende fragte gerade noch mal nach, was ja fast lustig ist – eindeutig ist, dass es sinnvoll ist, so zu bauen. Genauso eindeutig ist es, dass wir uns das momentan so nicht leisten können. Das ist auch klar angesprochen worden. Es gibt offenbar gerade keine Einigung. Meine Frage an den Senator ist, wie man das denn bitte finanzieren können sollte.

Es ist also alles sinnvoll, alles absolut notwendig, bis zu den Diskussionen, wie wir ein Quartiersmanagement im Bereich der Energieversorgung herstellen können, dezentral, wo wir keine Fernwärme haben. Das könnten wir jetzt alles ausdehnen.

Sie haben als „Bauhaus der Erde“ einen ganzheitlichen Ansatz angekündigt. Wir reden über eine Art Kreislauf der Nachhaltigkeit in der Bauwirtschaft. Da kommen wir um das Thema Finanzierung nicht herum. Denn ohne die Finanzierung bleiben das alles Parolen und irgendwelche Verbotsphantasien, die nicht dazu führen, dass nachhaltiger gebaut wird. Gibt es aus Ihrer Sicht Vorschläge, wie wir das finanzieren können? Gibt es gute Beispiele dafür, wie andere das finanziert haben, wie wir Sorge dafür tragen können, dass wir all diese richtigen Ansätze in Berlin federführend umsetzen können? – Das war meine Frage an den Senator.

Wenn wir jetzt feststellen, beim Schumacher Quartier gibt es tolle Ideen, die dem hier entsprechen und es eine klare Feststellung gibt, dass wir sie so nicht finanzieren können – Sie haben eben gerade einen zweiten Vorschlag gemacht, nachdem der erste in Ihrer eigenen Koalition offenbar keine Mehrheit findet, nämlich höher zu verdichten. Ist eine höhere Verdichtung etwas, was aus Ihrer Sicht ein gangbarer Weg ist? Das beträfe dann ganz viele andere Ansiedlungen, die wir in Berlin planen, ebenso. Wir werden das ja – es steht ja pars pro toto – bei diesem Piloten lösen müssen. Genauso werden wir das bei zehn anderen Vorhaben auch lösen müssen, wie wir das refinanzieren. Das sind meine beiden Fragen erst mal an Sie, Herr Professor. Gibt es gute Beispiele und Idee dazu, wie wir das finanzieren können?

Letzter Punkt: Das Thema einer revolvierenden Forstwirtschaft, was Sie angesprochen haben, ist ja in Deutschland nichts Neues. Das gibt es zwar in Brandenburg nicht vernünftig, aber in Regionen Deutschlands, die seit Jahrzehnten mit einer gewerblichen, vernünftig funktionierenden Forstwirtschaft arbeiten, ist das gängig. Was ich aber nicht weiß – vielleicht wissen Sie es aber, vielleicht weiß Herr Mindrup das –, wie lange es dauert, bis wir das regional auf-

gebaut bekommen, um solche Massen zu produzieren. Die Bäume brauchen ja ein gewisses Alter, damit wir sie vernünftig verwenden können, damit wir nicht nur das Schumacher Quartier bauen können, sondern optimalerweise noch die weiteren Zehntausenden Wohnungen, die wir brauchen. Denn das Ganze wird auch dann nicht funktionieren, wenn wir nicht nur keine Finanzierung haben, sondern auch einfach keine Wohnungen für die Berlinerinnen und Berliner bauen. Dann wird es auch nicht funktionieren. Das ist meine Frage an Sie. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Frau Kühnemann-Grunow für die SPD-Fraktion!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank auch noch mal im Namen der SPD-Fraktion an die Anzuhörenden. Es ist schon eine ganze Menge von meinen Vorrednern vorweggenommen worden. Die Beispiele, die hier gezeigt wurden, waren ja vor allem Erweiterungsbauten, Aufbauten usw. Mich würde interessieren, wie die Zusammenarbeit läuft. Wenn wir in die Realisierung kommen wollen, vor allem angesichts der Preise, die hier immer wieder genannt wurden, die selbstverständlich auch das Holz betreffen, wie sieht es mit seriellen, modularen Bauweisen aus? Wenn wir uns dazu entscheiden zu bauen, ist es immer gut, wenn man viel bauen kann, viele Wohnungen errichten kann. Das würde mich noch mal interessieren. Regen Sie Unternehmen schon an und stehen ihnen beratend zur Seite?

Wir haben eben gerade über die Holzwirtschaft gesprochen. Dazu habe ich eine Frage in Richtung der Stadtförsten, die wir haben, nicht nur in Berlin, sondern auch unsere Anteile, die wir in Brandenburg haben. Bei dem Termin, den Frau Gennburg angesprochen hat, ist meines Erachtens noch mal geäußert worden, dass die Berliner Försten sehr glücklich sind, dass sie das Holz nach Tegel liefern können, dass aber noch Ernteholz übrig ist bzw. dass sie durchaus in der Lage sind, noch mehr aufzuliefern. Daher meine Frage an den Senat, wie gut und wie viel Holz man beziehen kann, denn am günstigsten ist es selbstverständlich, wenn uns das Holz gehört, weil es den Stadtförsten entspringt. Das wären meine Fragen. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt haben wir Herrn Schwarze für Bündnis 90/Die Grünen.

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Die Ausführungen des Kollegen von der CDU, Herrn Stettner, bringen mich zu einer Nachfrage. Es wurde in dem Redebeitrag klar, dass scheinbar, statt den Blick auf das Klima, die Klimaresilienz und die Zukunft zu legen, nur das Monetäre im Mittelpunkt steht und die Zukunft damit so ein bisschen verkauft werden würde. Es wurde von den Anzuhörenden gesagt, dass bei diesen Betrachtungen der Kosten oft vieles nicht einfließt, was aber ebenso CO₂-Ausstöße und andere Sachen emittiert und letztlich in eine solche Betrachtung einfließen müsste. Gibt es Ihrerseits dazu geeignete Auflistungen, was ein wahrer Preis wäre, wenn wir die Umweltzerstörung in der Herstellung von Baumaterialien ernsthaft einpreisen würden? Das ist die daraus resultierende Nachfrage, weil hier immer gerne gesagt wird, wir können uns das nicht leisten. Ich glaube, die Frage macht andersherum Sinn: Wir können es uns nicht mehr leisten, konventionell zu bauen, weil wir damit die Zukunft zerstören, die wir hier für unsere Kinder und Enkel erhalten müssen. Das wäre der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Es gibt Beispiele. Die haben Sie teils genannt. Es sind aus dem Bereich der Kreislaufwirtschaft oder Cradle-to-Cradle-Ansätze bekannt, dass die Kosten am Anfang vielleicht einen Tick höher sein mögen, aber sich anschließend sehr schnell amortisieren und sich ganz anders einordnen. In Verbindung zu der erstgenannten Frage, ob Sie dazu noch Näheres ausführen können und vielleicht auch Zahlen oder weitere Beispiele nennen könnten. Ich glaube, es wäre für diese Runde und dieses Thema sehr hilfreich, mal einen anderen Blick darauf zu werfen.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank! – Damit ist die Redeliste erschöpft. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es wird auch keine zweite Runde geben, das schaffen wir zeitlich nicht, sodass wir jetzt zur Beantwortung kommen. Es sind auch Fragen an den Senat gestellt worden. Wollen Sie anfangen? – Herr Senator, bitte schön!

Senator Andreas Geisel (SenSBW): Wenn es gewünscht ist, beantworte ich die Fragen, die mir gestellt worden sind. – Zunächst zur Frage von Frau Gennburg nach regionaler Bevorzugung bei Vergabekriterien: Das ist ganz schwierig, weil wir dort unterschiedliche Situationen haben. Wir diskutieren immer über die Vergabekriterien, und die Industrie- und Handelskammer und auch die Handwerkskammer thematisieren die Frage, ob wir Berliner oder regionale Unternehmen bevorzugen sollten. Dann brauchen wir aber auch für solche Dinge wie beispielsweise die Schulbauoffensive Unternehmen in Berlin, die diese Größenordnungen zu akzeptablen Preisen stemmen können, und die haben wir oftmals nicht zur Verfügung. Das heißt, solche Regelungen, zwangsweise regional zu bevorzugen, können dazu führen, dass wir uns ins eigene Fleisch schneiden, weil wir diese Größenordnungen gar nicht erzeugen können. Aber das Problem ist natürlich, Aufträge nach Süddeutschland oder in andere Länder zu vergeben, damit hier bei uns Schulen gebaut werden, während die Handwerker hier vor Ort dann keine Aufträge vom Land Berlin erhalten. Das ist problematisch, aber Handwerkerinnen und Handwerker können sich im Moment über fehlende Aufträge nicht beklagen. Trotzdem besteht diese Frage weiter: Wie bevorzugen wir regional? – Das ist ganz schwierig.

Im Moment versuchen wir beim Schumacher Quartier, und das tun wir recht erfolgreich, eine Vereinbarung mit den Berliner Forsten abzuschließen, dass wir den Kreislauf innerhalb des Landes Berlin halten, also, dass die Berliner Forsten das Holz, das sie bei der Herstellung des Mischwaldes sowieso fällen – Die Wälder sollen klimaresilient werden, also müssen wir von der Monostruktur wegkommen hin zu Mischwäldern. Daher wird den Wäldern in den nächsten zehn Jahren eine Zahl von x Bäumen entnommen, und dann steht die Frage, wohin damit, und wie können wir diese Bäume verwenden – das sind im Wesentlichen Kiefern –, um zu bauen? Da stehen am Schumacher Quartier unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und sagen: Wir gehören auch dem Land Berlin und nehmen das Holz. – Das ist dann „linke Tasche, rechte Tasche“ innerhalb des Landes Berlin. Damit vermeiden wir – das ist der Versuch – eine öffentliche Ausschreibung und können dann auch die Preise bestimmen, zu denen wir das Holz aus den Berliner Forsten verwenden.

Die Größenordnungen, von denen die Berliner Forsten im Moment sprechen, sind zehn Jahre für dieses Mischwaldprogramm. Das ist auch etwa die Größenordnung, die wir uns für das Schumacher Quartier vorstellen. Insofern würde das passen, dann aber für andere Quartiere nicht passen, es sei denn, wir lernen in der Region in Brandenburg – dafür gibt es sehr viele positive Zeichen –, dass Holz nicht nur zur Papier- oder Zellstoffherstellung verwendet wer-

den kann, sondern auch für die Bauwirtschaft und bauen dann die entsprechenden Kapazitäten dafür auf.

Selbstverständlich bekennen wir uns zum Schumacher Quartier. Wir bekennen uns zum Schumacher Quartier als Modellprojekt für die Holzbauweise, und wir bekennen uns zum Schumacher Quartier als Schwammstadt. Aber wir müssen auch mit der Situation umgehen, dass wir im Moment wegen steigender Baukosten, steigender Zinsen und allen Debatten, die Sie gegenwärtig kennen, ein Finanzierungsdefizit von etwa 20 Prozent haben. Wir haben verschiedene Stellschrauben, wie wir dieses Schumacher Quartier gängig machen können. Wir haben aber eine Reihe von Stellschrauben, die wir aber nicht nutzen wollen. Beispielsweise könnte man sagen, dass nicht im geförderten, aber im freifinanzierten Bereich die Mieten erhöht werden, um die Einnahmen zu generieren. Das wollen wir nicht. Wir wollen Bezahlbarkeit. Das ist gerade unsere Debatte, die wir führen, dass diese Stadt bezahlbar bleiben soll für den Bereich der Gesellschaft, der auf Wohnberechtigungsscheine angewiesen ist, aber genauso auch für die Mitte der Gesellschaft. Genau für die Menschen wollen wir in Tegel bauen. Das heißt, wir müssen aufpassen, dass es dann Mieten werden, die bezahlbar sind.

Eine andere Stellschraube wäre die Absenkung von Standards. Aber wir haben uns klar entschieden: Wenn wir das Schumacher Quartier nicht als Schwammstadt bauen würden, wäre das nicht im Sinne der Klimaresilienz, und wir kämen etwa in zehn Jahren dazu, dass wir nachrüsten müssen, weil wir gar keine sinnvolle Alternative dazu haben. Also müssen wir die Kosten jetzt aufbringen.

Wir haben weitere Standards, über die wir reden können. Wir sagen, die Erdgeschosszonen sollen beispielsweise mit doppelten Stockwerken ausgebildet werden, damit es großzügige Eingangs- und Einkaufsbereiche sind. Das kann man natürlich absenken und durch Eingeschossigkeit mehr Fläche generieren, die dann Einnahmen bringt, um auf diese Art und Weise Defizite zu decken. Wir können darüber nachdenken, Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zu zahlen. Ich hatte den Vorschlag gemacht, aus dem freifinanzierten Wohnungsbau nicht für Finanzinvestoren, sondern für Selbstnutzer Eigentumswohnungen zu errichten. Das findet offenbar keine politische Mehrheit. Oder wir können auch über weitere Dichte nachdenken. Der Bebauungsplan gibt im Moment im Schumacher Quartier eine fünfgeschossige Bebauung her. Man kann natürlich an dieser Stelle auch höher bauen und über die Menge, die dann hergestellt wird, die Einnahmen generieren. Irgendeine Antwort für die fehlenden 20 Prozent werden wir finden müssen. Dass wir uns alle miteinander anschauen und sagen: Wir wollen ganz doll, dass das Schumacher Quartier gebaut wird. Wir wollen das alle miteinander ganz doll, aber wir haben keine Idee, wie wir die 20 Prozent füllen, und deswegen löschen wir das Feuer mit Benzin, wie Klaus Mindrup gesagt hat, indem wir gar nicht bauen, kann nicht die Alternative sein. Das heißt, da werden wir miteinander ringen müssen, welche Wege wir finden, dort bezahlbares, zukunftssträchtiges, nachhaltiges Bauen möglich zu machen.

Eine Alternative wäre übrigens auch, dass die Bundesregierung mal wieder ein KfW-Programm einführt, das den Namen verdient, natürlich innovativ ist, aber auch einen subventionierenden Anteil hat. Auch das wäre eine Variante, wie wir Lücken schließen könnten. Aber das wissen wir gegenwärtig noch nicht, und die Bundesregierung erklärt, dass sie sich über ihr KfW-Programm Anfang 2023 verständigen wird. Mal sehen, was dort kommt.

Zu der Frage nach einer radikaleren Bauordnung: Da stehen wir in Deutschland vor einer Richtungsentscheidung. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der Regelungen, die wir in der Bauordnung gefunden haben, um 2 000, 3 000, 4 000 Stück erhöht. Die Bauordnung, die eigentlich darauf ausgerichtet war, über die Statik, den Brandschutz und Ähnliches Regelungen zu treffen, die dann einheitliche Standards sind, ist mit weiteren Regelungen angefüllt worden, die Bauen im Moment recht schwierig machen. Wir fesseln uns mit unseren eigenen Regeln, indem wir die Geschwindigkeit verlieren und nicht mehr Bezahlbarkeit herstellen.

Wenn wir uns die Frage stellen – gar nicht so sehr im Neubau, sondern vor allem im Bestand –, wie wir denn unsere eigenen und die Einsparziele der EU für die CO₂-Neutralität in den überschaubaren Zeiträumen, die wir bis 2030, 2035, 2040 haben, herstellen wollen, dann werden wir es kaum schaffen, indem wir jedes einzelne Haus in eine Dämmung einpacken. Das geht schon allein vor dem Hintergrund der Größenordnung der 1,9 Millionen Wohnungen, die wir in Berlin haben, nicht. Wenn es gelänge, die Dekarbonisierung bei der Energieerzeugung herzustellen und das über die Energieerzeuger quartiersweise voranzubringen, müssten wir gar nicht Regelungen treffen, dass jedes einzelne Haus gedämmt wird. Das ist die Richtungsentscheidung, die wir an dieser Stelle treffen müssen. Dann kommen wir auch zu einer Bauordnung, die das Bauen ermöglicht. Ich möchte nicht, um das auch ganz klar zu sagen, eine politische Richtung einschlagen, die die Bauordnung radikalisiert und damit Bauen unmöglich macht. Das können wir alle miteinander nicht wollen. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns bundesweit, und das werden wir miteinander zu diskutieren haben.

Zur Frage der Verdichtung: Da müssen wir uns entscheiden. Ich kriege gerade von Expertinnen und Experten, die über Nachhaltigkeit reden, Hinweise, die sich widersprechen. Wir sagen völlig zu Recht, wir dürfen nur an den Stellen bauen, an denen schon Versiegelung stattgefunden hat. Dort, wo Stadt steht, muss Stadt fortgesetzt werden, wegen der Infrastruktur, die dort vorhanden ist, wegen der Verkehrsanbindungen, die dort vorhanden sind, und weil wir uns keine weiteren Versiegelungen leisten können. Also müssen wir dort, wo Stadt existiert, Verdichtungen vornehmen, höher bauen, dichter bauen als bisher. Die gleichen Expertinnen und Experten sagen dann: Wir dürfen aber in den versiegelten Quartieren nicht weiterverdichten, weil wir die Innenhöfe schützen müssen. – Das ist auch eine richtige Argumentation. Es passt bloß beides nicht zusammen. Wenn wir die Grünflächen in Berlin, beispielsweise die Wälder, die wir haben, schützen wollen, damit wir nicht dort hineinbauen, werden wir an anderen Stellen bauen müssen, oder wir bauen gar nicht. Das wäre natürlich die andere Variante. Aber die Vorstellung, man könnte die Stadt einfach einfrieren, und dann würde nichts passieren, ist ein Irrtum. Die Stadt verändert sich nämlich trotzdem, indem sie immer teurer wird, und dann entscheidet letztendlich der Geldbeutel darüber, wer in der Stadt wohnen kann und wer nicht. Das ist auch ein politischer Weg, den ich ausdrücklich nicht gehen will. Ich bin kein Fan der Verdichtung um der Verdichtung willen, aber wir müssen natürlich die landeseigenen Flächen, die wir haben, nutzen, wenn wir die Bezahlbarkeit herstellen wollen.

Deshalb lange Rede, kurzer Sinn: Jeder der Kritikerinnen und Kritiker hat in ihren bzw. seinen jeweiligen Teilsegmenten recht. Ich will Ihnen gar nicht widersprechen. Die einzelnen Kritiken, die hier vorgetragen worden sind, sind alle richtig, aber sie leiden darunter, dass wir sie nicht in ein gemeinsames, gesamtes, auch wirtschaftlich funktionierendes Konzept zu-

sammenfügen, und das ist die Herausforderung, vor der wir stehen, und die Aufgabe, die ich zu erfüllen habe.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Wir kommen zu Frau Keilhacker. Sie dürfen jetzt die aufgeworfenen Fragen beantworten. – Bitte schön!

Theresa Keilhacker (Architektenkammer Berlin) [zugeschaltete]: Vielen Dank! Das tue ich gern. – Vielleicht noch einen ganz kurzen Kommentar zu den Ausführungen von Senator Geisel eben: Sehr geehrter Herr Senator! Ich stimme Ihnen zu, dass bei Nachverdichtungen sicherlich die Höhen zugunsten von Freiflächen in den Innenhöfen wachsen könnten. Das, erst mal als Prinzip vorangestellt, ist immer ein Abwägen vor Ort für das jeweilige Grundstück, und der qualifizierte B-Plan hilft natürlich dabei, diese Zielkonflikte abzuwägen. Deswegen werben wir immer sehr dafür, dass man wirklich viel Zeit und Gehirnschmalz in die Entwurfsphase steckt. In der Entwurfsphase, der Wettbewerbsphase nach RPW werden die Weichen gestellt für diese Ziele, die teilweise schon immer miteinander konkurriert haben. In diesen Abwägungsprozess müssen wir hineingehen, und dafür braucht es Prozessqualitäten, die ganz am Anfang liegen und nicht erst am Ende, wo alles schon zu spät ist. Deshalb die Werbung an der Stelle, den Fokus auf qualifizierte Wettbewerbsverfahren oder auch generell diese Planungsrunden, die Sie jetzt schon machen, zu legen, wo alle am Runden Tisch zusammensitzen und sagen: Wie lösen wir die Zielkonflikte hin zu einer klimaresilienten Stadt?

Ich gehe rückwärts auf die Fragen ein. Herr Schwarze fragte nach der monetären Betrachtung. Ich halte es für eine ganz wichtige Stellschraube, dass wir die CO₂-Abgabe nutzen, die es schon auf der Bundesebene gibt und vielleicht für Berlin an der Stelle eine etwas höhere einfordern. Die liegt im Moment bei 60 Euro je Tonne, soweit ich weiß. Ich weiß von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, dass sie für sich schon für den Klimaschutz eine höhere Abgabe in einen Fonds einzahlt, damit graue Energie anders bewertet wird und damit der ökonomische Anreiz ein anderer ist. Es war vorhin auf den Folien zu sehen: Wir müssen einen Klimaschutzfonds auflegen, in den derjenige einzahlt, der an dem Neubau zum Beispiel Flächen versiegelt, damit wir auf der anderen Seite entsiegelte Flächen schaffen können, weil das ein ökonomischer Anreiz ist, der ausgeglichen werden muss.

Aber wir können bei Vergabeverfahren auch die Diversität öffnen und die ökonomischen Angebote verbessern, wenn wir wegkommen von der GÜ- und GU-Vergabe, die im Hause von Senator Geisel leider sehr üblich ist. Das läuft nämlich immer auf monopolisierte Auftragnehmer in der Bauausführung hinaus. Wir haben beim Holzbau eine Firma aus dem süddeutschen Raum, die davon im Moment sehr profitiert, und wir haben diverse andere sehr große Firmen in Berlin, die davon profitieren. Frau Gennburg hat das anfangs angesprochen. Wenn wir hier nicht zu einer etwas vielfältigeren, kleinteiligeren Vergabe kommen, werden wir am Ende hohe Preise kassieren, weil es letztendlich monopolistische Preise sind.

Dann zum Grad der Vorfertigung und modularen Bauen: Frau Kühnemann-Grunow hat danach gefragt. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns als planende Berufe in der Entwurfsphase schon überlegen, wo der Grad der Vorfertigung sein kann. Natürlich hat man dann Einsparpotenziale. Sowohl beim Holzbau als auch beim Recyclingbeton können Sie natürlich in der Vorfertigung sehr viel Geld und vor allem Zeit sparen. Das ist ein Werkzeug, das in die Prozessqualitäten hineingehört.

Zur Frage, wie wir den Abriss in der Bauordnung verankern können – Herr Otto hatte konkret nachgefragt –: Wir sind tatsächlich im Moment mit unseren Juristen dran, vor allem an diesem § 63 noch mal zu arbeiten, denn wir haben im Moment nur beim Wohnungsbau dieses Abrissthemas verankert, dass er durch eine Genehmigungspflicht verhindert wird. Wir müssen diese Genehmigungspflicht wieder für alle Gebäude einführen. – Herr Senator Geisel! Das ist keine Verteuerung, sondern das ist einfach nur eine Vorgabe, wenn von Bauherren und Bauherrn abgerissen werden möchte, dass sie darlegen müssen, warum sie dies tun. Es gibt inzwischen coronabedingt und durch viele Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt viele Nicht-Wohnungsgebäude, die im Moment zu Wohnungen umgebaut werden könnten. Aber wenn sie erst abgerissen und dann wieder neu erstellt werden müssen, weil der Abriss im Moment nur angezeigt werden muss, vergeben wir hier eine riesige Chance, die graue Energie zu nutzen. Sie sehen vielleicht überall beim Abriss, wenn zurückgebaut wird, dass das Betonskelett stehen bleibt, und mit dem kann man eine ganze Menge weiterbauen. Es wäre gut, wenn die Bauordnung hier ansetzen würde und an diesem Paragraphen eine deutliche Schärfung eingeführt wird. Wir sind parallel dazu auf der Bundesebene unterwegs, die Musterbauordnung an der Stelle zu ändern. Wir treffen uns deswegen nächste Woche in Hannover. Die sogenannte Umbauordnung soll diese Dinge auch auf der Musterbauordnungsebene ändern. Aber es wäre doch schön, wenn Berlin da mit gutem Beispiel voranginge.

Frau Bung hatte nach den Rieckhallen gefragt. Es war ein Artikel aus der „Berliner Zeitung“ vom Wochenende, der mich auch hat aufschrecken lassen. Mir war das nicht klar. Ich dachte, die Rieckhallen seien gerettet, aber offenbar sind sie es noch nicht, denn man hat dem Investor CA Immo zwar zwei Grundstücke zum Tausch angeboten – dann würde er die Rieckhallen stehen lassen –, aber bis jetzt hat das Abgeordnetenhaus diesem Grundstückstausch wohl noch nicht zugestimmt. Deshalb hängt die Sache in der Luft und droht, zugunsten eines Abrisses zu kippen. An der Stelle müssten Sie tatsächlich im Kulturausschuss etwas tun, denn es wäre ein Kulturfrevel, aber es wäre auch ein Klimaschutzfrevel, wenn man diesen schönen Ort vernichtet. Die Direktoren des Hamburger Bahnhofs sind bereit, die Rieckhallen mit Solar auf dem Dach usw. zu ertüchtigen. Man könnte sie in der Richtung weiterentwickeln.

Dann hat Herr Förster gefragt, was tun gegen die allgemeinen Preissteigerungen, Kosten für Transportwege und ob sich das Aufstocken nicht lohnt: Das ist ein Stück wahr, aber wir müssen uns natürlich auch alle damit beschäftigen, dass es so ist. Das Bauen war immer schon teuer und wird immer teurer. Deswegen werbe ich immer dafür, möglichst viel Energie in die Entwurfs- und Transformationsprozesse und Prozessqualitäten zu stecken. Es lohnt sich trotzdem auch für die sozialökonomische Seite des Bauens, dass wir zum Beispiel den Bestand aufstocken und an der Stelle höher bauen und Mieterinnen und Mieter mitnehmen, weil wir an der anderen Stelle entsiegelte Flächen erhalten können und weil wir gleichzeitig, das hat Senator Geisel richtig angesprochen, barrierefreies Bauen realisieren können. Das sind immer Mehrwerte, die sich nicht nur ökonomisch abbilden lassen, sondern in die Zukunft investiert sind, und das ist sehr sinnvoll investiert.

Beim Thema Lehm-Bau kann ich Sie nur unterstützen. Es ist schön, dass Sie so ein Beispiel in Ihrer familiären Umgebung haben, denn es weiß wirklich jeder, der sich in Lehm-Bauten aufgehalten hat, dass der Lehm-Bau eine Riesenchance für klimagerechtes Bauen hat. Wir sollten neben Holzbau und R-Beton auch den Lehm-Bau wieder in Berlin und Brandenburg fördern und Investitionsanreize schaffen, damit diese Art von kreislaufgerechten Materialien wieder nach vorne kommt.

Zum Schluss zur Frage von Frau Gennburg, ob wir eine Nicht-Bauausstellung realisieren sollen: Ich weiß, was gemeint ist. Ich denke, wir sind da relativ nah beisammen. Die Bauausstellung wäre sicherlich eine Baukulturausstellung, die von unten gestützt werden muss durch die Zivilgesellschaft. Wir haben das auch so im Koalitionsvertrag stehen. Ich fand es gut, dass auch die beiden Kammern genannt sind, Brandenburg und Berlin. Zwischen uns passt kein Blatt Papier, kann ich Ihnen sagen, für diese Bauausstellung. Wir sind sehr dafür, eine klimaresiliente Bauausstellung zu machen, die auch sozialökonomische Ansätze hat, die vorbildlich sind, damit durch eine Bauausstellung eine nachhaltige, kreislaufgerechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin richtig sichtbar nach außen dringt. Ich denke, das ist eine Riesenchance. Das ist ein Kommunikationsmittel, an dem wir alle gemeinsam arbeiten können. Ich habe es vorhin schon gesagt: Ich würde mich sehr freuen, wenn wir da mit dem „Bauhaus der Erde“ eng zusammenarbeiten, denn das sind absolut kongruente Interessen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Wir machen jetzt mit Ihnen weiter, Herr Mindrup. – Bitte schön!

Klaus Mindrup (Diplom-Biologe): Herzlichen Dank, Herr Otto! Es gab von verschiedenen Stellen Fragen zur industriellen und seriellen Produktion, von Frau Kühnemann-Grunow, von Ihnen, Herr Otto, von Frau Gennburg auch. Es gibt nach meiner Kenntnis zwei Unternehmen in Berlin-Brandenburg, die im seriellen Wohnungsbau unterwegs sind. Es wurde angesprochen, dass es beim Schulbau Probleme mit einem dieser Unternehmen, ich nenne hier keine Firmennamen, gibt. Sie haben es vielleicht bei mir gesehen: Ich bin fast 18 Jahre Aufsichtsrat der Wohnungsbaugenossenschaft „Bremer Höhe“ gewesen, haben in Brandenburg, in Hohenbrunn, gebaut. Das zweite Unternehmen ist ein Berlin-bayerisches, das in Bayern, das kennt Herr Otto, eine ganze Modellstadt in Holz gebaut hat, die „City of Wood“, und die jetzt in Berlin plant, ein Holzkompetenzzentrum auf den Weg zu bringen und in Brandenburg eine Fabrik für den seriellen Holzbau zur Verwendung von Kiefer aufzubauen. Daneben ist im Augenblick eine Fabrik in Sachsen-Anhalt im Bau, und in Eberswalde plant ein Schweizer Unternehmen ebenfalls einen seriellen Bau. Ich denke, dass es gut ist, dass es eine Vielfalt gibt, die sich hier aufbaut, die stark mittelständisch geprägt ist. Es ist schon vom Senator angedeutet worden, dass Berlin auch Rohstofflieferant sein könnte, wobei Sie dann eine entsprechende Kooperation mit den Sägewerken brauchen. Da könnte man wirklich eine Kreislaufwirtschaft aufbauen, und man könnte als Berlin preissetzend sein und gucken, dass man an beiden Enden der Produktion unterwegs ist. Das kann auf jeden Fall helfen. Wichtig ist, das sagen mir alle Unternehmen in dem Bereich: Sie brauchen Verlässlichkeit. Sie brauchen eine verlässliche Pipeline, und das ist nicht nur Neubau, sondern Sie kennen vielleicht die Idee des „Energiesprungs“ der seriellen Sanierung, die in bestimmten Bereichen möglich ist. Auf der Industrieseite ist da gerade eine große Bewegung. Das ist eine Beschleunigung des Baus. Das sind gute Arbeitsverhältnisse, weil man in der Zeit nicht draußen ist, viel vorfertigt und auf der Baustelle sehr schnell unterwegs ist. Da bewegt sich vieles.

Dann hat Herr Otto nach der Förderung gefragt: Dazu hat Herr Geisel auch etwas gesagt. Wir haben im Augenblick das große Problem, dass die Finanzierung von sogenannten Bestandshaltern stark gefährdet ist. Die KfW hatte eine energetisch-ökologische Förderung, und die ist vom neuen Wirtschaftsminister eingestellt worden, weil er sagt, die sei nicht klimaspezifisch. Aber der Flurschaden bei der Bestandsförderung war der Nebeneffekt. Man muss dar-

über nachdenken, wie man wieder eine Finanzierung für Bestandshalter aufbaut, auch auf Bundesebene, und dann kann natürlich die Frage des Bauens und des Einsatzes des Materials eine Rolle spielen. Ich hatte in meinem Vortrag gesagt, dass man auch über Zuschüsse nachdenken muss. Man muss dann Verfahren entwickeln, wie man die Förderprogramme von Bund und Land abstimmt. Es ist schon gesagt worden, dass es auf Bundesebene gerade schwierig ist.

Ich kann nur für das Instrument des Nachrangdarlehens werben. Das ist etwas, was Wien sehr stark macht und was EU-rechtskompatibel ist, weil es nicht auf die Defizitkriterien der EU angerechnet wird. Gleichzeitig haben sie damit gute Erfahrungen gemacht, denn viele Bestandserwerbshäuser wären ohne dieses Nachrangdarlehen nicht finanzierbar gewesen. Das können Sie auch auf den Neubau anwenden.

Zur Frage von Herrn Otto, wann es in Europa zu einer Regelung kommt: Das ist wirklich extrem kompliziert, denn da hängt im Grunde genommen diese Frage der CO₂-Grenzsteuer dran, Carbon Border Adjustment, und das ist eine hochumstrittene Situation. Ich denke, darauf sollten Sie nicht warten, sondern Sie sollten vorangehen, auch wenn der Trilog jetzt in Kürze beginnt. Das ist wirklich kompliziert.

Nach der Verwendung von Holz und zum Waldumbau hatte Herr Stettner gefragt. Tatsächlich ist es so: Wenn es gelingt, auch Kiefer zu verwenden, hat man, und das ist auch vom Senator Geisel gesagt worden, eine Chance, den aktiven Waldumbau in Holzbau umzusetzen. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Wenn Sie mal Zeit haben, schauen Sie sich mal – da gibt es verschiedene Medienberichte – den Forst des Grafen von Schwerin an, der das in Brandenburg wirklich mustergültig macht und wo es eine Mischung aus Waldumbau, also eben auch Holz entnehmen, und anschließendem seriellem Wohnungsbau ist.

Mehrfach ist die Frage der Verdichtung angesprochen worden. So wie ich das in Aspern erlebe und wie ich mit den dortigen Unternehmen, die dort gebaut haben, gesprochen habe, hat man in Aspern entschieden, hoch zu bauen, aber die Versiegelung der Grundfläche zu reduzieren. Das ist ein aus meiner Sicht interessanter Ansatz, wie man einen Kompromiss finden kann aus den beiden Zielen, die man hat.

Herr Förster hatte noch nach der Aufstockung gefragt: Tatsächlich ist das Projekt in Buch ein Modellprojekt, aber es ist kompliziert mit der Aufstockung, weil man erst mal feststellen musste, dass das Haus nicht so gebaut ist. Obwohl es ein serieller Typenbau ist, WBS 70, war das Fundament nicht in Ordnung, und an bestimmten anderen Stellen gab es Nachbesserungsbedarf. Das hat die HOWOGE genutzt, um damit einen Baukasten oder ein Pflichtenheft aufzubauen. Die mussten zum Beispiel das Fundament verstärken. Die mussten auch an der Haustechnik im Bestand arbeiten. Darüber gibt es ein Bericht in der „Morgenpost“. Ich habe das mal besucht. Am Ende ist es auch ein Umbau und auch eine Stabilisierung des Bestandes, aber im Hinblick auf die graue Energie und auch der besseren Nutzung vorhandener Wohnfläche, indem man zum Beispiel einen Fahrstuhl reinzieht, macht es in sehr vielen Fällen tatsächlich Sinn, so etwas zu machen. Aber man muss das im Einzelfall genau angucken. Wie die Statik ist, ist ein wesentlicher Punkt, und da kommt auch ein Teil der Mehrkosten her. Wenn man nur die Dachgeschossaufstockung sehen würde, wäre das deutlich billiger, aber dann haben Sie Risiken im Bestand. Die wollen Sie auch nicht haben.

Frau Gennburg hat die Verfassung angesprochen. Der Klimanotstand ist in Berlin beschlossen worden. Alles, was dazu führt, dass Klimaschutz besser abgesichert wird, würde ich für sinnvoll halten. Aber das ist eine sehr politische Entscheidung, die Ihre sein sollte.

Sie haben auch nach dem Nichtbauen gefragt. Ich habe mal nachgeguckt: Es war ein Bundesgesetz, dass man jetzt endlich mal eine Statistik macht, wie viele wohnungslose Menschen es gibt. Ich wiederhole noch mal die Zahl: In Berlin gibt es 25 000 wohnungslose Menschen, und das war vor der Ukraine Krise. – Jetzt ist die Frage: Was ist der Wohnflächenverbrauch pro Kopf? Welche Möglichkeiten der Umsetzung des freiwilligen Wohnungstauschs gibt es? Sie wissen, ich bin ein Kind der Genossenschaftsbewegung. Das machen wir freiwillig. Die Städtischen versuchen das auch, aber im Augenblick geht das nicht richtig voran. Meine Einschätzung ist auch angesichts dessen, was Prof. Schellnhuber gesagt hat, was wir an Migration erleben werden, dass man in Berlin-Brandenburg weiter neu bauen muss, dass man auch aufstocken muss. Alles, was Sie aufstocken, alles, was Sie nicht versiegeln können, Einkaufsflächen, das ist klar, aber Sie werden neuen Wohnraum schaffen müssen, denn Mangel geht immer zulasten der Armen. Ich denke, wenn wir über Nachhaltigkeit reden, gehört diese soziale Frage dazu. – Danke schön für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Mindrup! – Jetzt sind Sie wieder dran, Herr Prof. Schellnhuber.

Prof. Dr. mult. Hans Joachim Schellnhuber (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Bauhaus der Erde für das nachhaltige Bauen in Berlin und Brandenburg): Es ist natürlich eine unmögliche Aufgabe, diese wirklich reichhaltigen und sehr gut begründeten Fragen in wenigen Minuten zu beantworten. Deswegen möchte ich einen Vorschlag machen, wenn Interesse besteht. Das „Bauhaus der Erde“ greift bewusst den ganzheitlichen Ansatz des Weimarer Bauhauses auf, die Idee, den gesamten Bereich Wohnen, Bauen, Architektur, Design, Gestaltung, das Gesamtkunstwerk zu betrachten, und das war wohlbegründet 1919. Wenn wir heute glauben, wir stecken in tiefen Krisen – das tun wir natürlich, Ukraine, Corona, Klima, Biodiversität –, war man 1919 in einer noch viel schwierigeren Situation: die Zerstörungen des Ersten Weltkrieges, dann das Hereinbrechen der industriellen Moderne, die eigentlich alles verändert hat. Die geniale Idee damals war, mit den modernen Mitteln einer Industriegesellschaft bezahlbaren Wohnraum nicht nur für die Eliten zu schaffen, sondern für die breite Gesellschaft. Es war eine Zeitenwende, und wir stehen heute in einer ähnlichen Situation. Darum ist das „Bauhaus der Erde“ bewusst der Versuch, ein Gesamtkunstwerk für das 21. Jahrhundert zu schaffen und mit den modernen Möglichkeiten angesichts der ökologischen und sozialen Krisen des 21. Jahrhunderts einen Gesamtentwurf vorzulegen. Den kann ich Ihnen natürlich nicht in den nächsten Minuten noch mal unterbreiten. Das Angebot wäre, dass wir einen parlamentarischen Abend organisieren für das Berliner Parlament, es können gerne auch Bundestagsabgeordnete dazukommen, wo wir dann die Chance hätten, Ihnen das zu erläutern. Ich glaube, das Interesse ist sehr groß. Es gibt viele Aspekte, die man vertiefen muss.

Eine Gefahr ist, dass man sich im Detail verliert und den Wald sprichwörtlich vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Das Bauwesen ist das Komplexeste auf der ganzen Welt. Sie müssen über die Cotransformation der Landnutzung reden – Forst- und Landwirtschaft. Wir müssen über eine möglicherweise intelligente, behutsame Deglobalisierung von Lieferketten nachdenken, um Kreisläufe zu schließen, zumindest innerhalb Europas usw. Das Jahr 2000 steht für Einspeisevergütung usw. für die globale Energiewende. Was jetzt ansteht ist eine globale Wende, was die Stoffströme angeht, und ohne die in den Griff zu bekommen, werden wir weder das Klima stabilisieren und schon gar nicht reparieren können. Insofern wäre das Angebot, die Bitte, wie auch immer, das Werben dafür, dass wir Ihnen unseren ganzheitlichen Ansatz näherbringen, dass wir genau die Fragen aufgreifen, die bei allen absolut relevant waren, und vertiefen. Ich würde jetzt nur ein paar Aspekte herausgreifen. Das wäre das Angebot. Ich würde mich enorm freuen, wenn das zustande käme.

Dann würde ich ganz kurz ein paar Punkte adressieren. Herr Senator Geisel! Sie haben dankenswerterweise erwähnt, dass Regula Lüscher eng mit uns zusammengearbeitet hat. Wir haben in der Tat in der ersten Runde versucht, zusammen mit Tegel erfolgreich einen Antrag zu stellen bei der EU. Ich muss dazu sagen, ich bin selbst direkt im Beratungskreis von Ursula von der Leyen für die Kommission. Da ging es letztlich um Kleingeld. Es wird sogar die Runde wiederholt. Da können wir noch mal antreten. Da geht es in diesem Fall um 5 Millionen Euro für ein großes Konsortium. Uns ist gelungen – und da war ich, glaube ich, die treibende Kraft –, dass wir für Horizon Europe, das ist ein 100-Milliarden-Euro-Programm, das wichtigste Forschungsprogramm für Nachhaltigkeit auf der ganzen Welt, versucht haben, Richtlinien vorzugeben aus der Sicht der neuen Bauhausbewegung. Ich bin sicher, da werden wahrscheinlich demnächst Gelder im Milliardenbereich umgewidmet. Es soll sogar eine eigene Milliarden-Mission für das „New European Bauhaus“ usw. geben, und da

wäre es großartig, wenn wir eng zusammenarbeiten würden. Wir reden nicht über 5 Millionen Euro. Wir reden über hunderte Millionen Euro, die letztlich für gute Ideen zur Verfügung stehen. – Das vielleicht als Hinweis.

Frau Gennburg! Sie haben die Komplexität angesprochen. Wir müssen uns diese Co-Transformation ansehen. Das kann ich in diesem Fall nicht in ein paar Minuten erläutern. Viele Aspekte spielen da eine Rolle: Finanzaspekte. Wie kann man die Kosten internalisieren? Das hat auch Herr Schwarze schon angesprochen. Für 8 Prozent der globalen Emissionen ist allein die Zementindustrie verantwortlich. Das wäre sozusagen in der Rangliste der Emissionsländer hinter USA, China, wie auch immer, Deutschland, Japan die Nummer 5 oder 6 in diesem Fall, also es ist bemerkenswert. Das Verrückte ist, dass wir es inzwischen besser könnten. Herr Förster hat es angesprochen. Verschiedene von Ihnen haben es angesprochen. Die gesamte Bauwirtschaft ist die innovationsaverseste auf der ganzen Welt. Es gibt eine Untersuchung der letzten 50 Jahre: Wie ist der Produktivitätsfortschritt sowohl bei der Arbeitsstückkostenrechnung als auch generell bei der Erstellung von Produkten? Während die Industrie im Halbleiterbereich, in der Informationstechnologie einen Produktivitätsfortschritt von 350 Prozent gemacht hat, ist es in der Baubranche 1 Prozent. Man muss sich das vorstellen. Es wird weiterhin genauso gebaut, wie es sich damals das Bauhaus vorgestellt hat. Es gibt aber eine ganze Reihe, und ich kenne sie fast alle inzwischen, Startups, junge Firmen, eingeführte Firmen, die zum Beispiel modular seriell bauen.

Einen Punkt habe es bisher gar nicht ansprechen können. Er ist ungeheuer wichtig. Wir können die Digitalisierungsmöglichkeiten im Baubereich perfekt anwenden, um zum Beispiel mit organischen Materialien zu arbeiten. Wenn Sie mit Holz bauen, können Sie in einer Fabrikhalle vorfertigen. Sie können modular vorgehen. Sie können innerhalb von sieben Tagen auf der Baustelle montieren. Sie müssen einrechnen, dass Holz arbeitet, dass es sich anders verhält, wenn die Luftfeuchtigkeit sich ändert usw. Das wird mit digitalen Zwillingen inzwischen produziert. Das heißt, die ganzen Möglichkeiten der fortgeschrittenen Technologien können wir genau dort einsetzen, wo wir natürliche Lösungen suchen. Ich habe dafür einen Slogan geprägt: Hightech meets No-Tech, und es ist wirklich No-Tech gemeint. Sie können also mit Bambus bauen. Sie können, wie es zum Beispiel die Firma Wiesner aus Österreich an der Technischen Universität Singapur macht, zwölf Stockwerke vorher minutiös mit digitalen Zwillingen planen. Das sind fantastische Möglichkeiten. Das ist genau das, was die alten Bauhausleute von 1919 heute tun würden, wenn sie wieder zum Leben erweckt würden. Wenn Sie sich in der Welt umschaue: Welche technischen Möglichkeiten haben wir? Welche Materialien stehen zur Verfügung? Wie können wir das Klimaproblem lösen? – Indem wir diese natürlichen Materialien benutzen. Das ist doch das beste Angebot, das man überhaupt machen kann in diesem Fall.

Zur Kostenfrage, zur Finanzierung kam die Frage von Herrn Stettner. – Auch dazu hätte ich eine coole Idee. Wir haben darüber tatsächlich schon zusammen mit einigen Investitionsfirmen nachgedacht. Wenn Sie sich die großen Unternehmen anschauen, ob das Shell ist oder Bosch oder wer auch immer, und ich habe mit fast allen CEOs darüber gesprochen, versprechen sie, klimaneutral zu sein. Das ist Bosch das 2022. Shell bis 2035 usw. Wenn Sie sich die Rechnung, die die aufmachen, anschauen, klafft überall eine große Lücke. Die wird durch Offsetting-Kompensation geschlossen. Das heißt, irgendwo werden angeblich Aufforstungsprojekte finanziert, in Indonesien, Ecuador, wie auch immer, wo Sie überhaupt keine Garantie

haben, dass diese Wälder nicht irgendwann wieder abgeholzt werden, wenn es einen Regierungswechsel gibt. Was wäre denn, wenn wir die Kompensation zum Beispiel durch Holzgebäude vorantreiben würden, dass es so gut geschrieben werden kann? Das kann privat oder staatlich organisiert werden. Das sind enorme Möglichkeiten des Offsetting. Ein städtisches Krankenhaus zum Beispiel würde seine Kosten senken, indem es mit Holz baut, aber dafür Zertifikate ausgibt, die dann mit einer entsprechenden Regelung gutgeschrieben werden: überwacht, zertifiziert, wie auch immer. Es gäbe sehr wohl marktwirtschaftliche Möglichkeiten, den Kostennachteil zu reduzieren.

Apropos Kostennachteil: Ich habe lange Zeit Angela Merkel beraten, die 1994 Bundesumweltministerin wurde. Sie hat damals ein Radiointerview gegeben, dass die erneuerbaren Energien im Strombereich in Deutschland nie mehr als 4 Prozent ausmachen werden. Damals waren die Kosten natürlich gigantisch. Braunkohlestrom war vielleicht ein Zwanzigstel so teuer wie Photovoltaik. Wo stehen wir heute? – Durch Innovationen sind wir am Break-Even-Point. Die Firmen sagen mir, dass Holzbau auch im Geschossbereich nur noch 2 bis 5 Prozent teurer ist. Wenn Sie jetzt die Kompensation dazu nehmen oder Zertifikate im europäischen Emissionswandel, sind Sie ganz schnell auf der positiven Seite. Das heißt, wir sind im Grunde genommen am Umschlagpunkt. Wir müssen nicht, wie bei den Erneuerbaren, erst einmal 30 Jahre massiv investieren, die deutsche Solarindustrie aufbauen und dann wieder zerstören lassen und jetzt wieder versuchen, zurückzugewinnen. Das heißt, wir sind an einem viel interessanteren Kipppunkt im Augenblick.

Ich könnte jetzt noch auf die einzelnen Details eingehen, dann würde ich Ihre kostbare Zeit komplett verbrauchen. Alle Fragen waren wirklich interessant. Ich würde sie gerne beantworten. Philipp Misselwitz könnte Ihnen eine ganze Menge zu Berliner Vorzeigeprojekten erzählen, die weltweite Aufmerksamkeit gewinnen würden, wenn wir sie in der richtigen Weise angehen.

Eine Systemtransformation macht man nicht über Nacht, und die kann natürlich auch nicht in irgendwelchen Vereinbarungen und Bauverordnungen erzielt werden. Wir setzen darauf, dass ich das ganze System betrachte und verstehe. Eine Systemtransformation kann man nicht in Schockstarre planen und gestalten, wenn verschiedene Krisen auf einen einprasseln, so wie es im Augenblick ist. Im Augenblick wären organische Materialien unbezahlbar. Wir haben die Volatilität der Märkte. Was man tun kann, ist, ein Konzept entwickeln, eine Vision, dafür die richtigen Partner finden und exemplarisch zeigen – Deep Demonstration nennt man das –, wie es gehen könnte. Das kann man auf jeden Fall tun. Die Systemtransformation wird dann durch diese Illustrationen hinterhergezogen, und das ist der einzige realistische Ansatz. Jetzt halte ich mal die Klappe, sonst würde ich Ihre Zeit noch viel länger in Anspruch nehmen.

Vielleicht eine letzte persönliche Bemerkung: Ich habe 1991 das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung gegründet, damals mit einem erklärt interdisziplinären Ansatz. Damals hieß es, Interdisziplinarität ist nur für diejenigen, die disziplinar keine Karriere machen können. Inzwischen ist aber das, was wir tun, in Potsdam der Goldstandard quasi. Ich denke, dass wir einen ähnlichen Goldstandard im Baubereich über das „Bauhaus der Erde“ erzielen können. Die Dinge, die dem zugrunde liegen, sind die besten Ideen, die ich in meinem ganzen Leben gehabt habe. Deswegen habe ich mich auch noch nicht pensionieren lassen, sondern versuche, weiter mitzuarbeiten. Mit anderen Worten: Sehen Sie das, und das gilt auch für Herrn Geisel

für die Stadt Berlin, als ein Angebot, das wir machen. Es geht nicht darum, irgendwelches Geld zu verdienen. Wir machen ein Angebot, wie Berlin die Frontstadt der globalen Bauwende werden kann.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir bedanken uns bei den Anzuhörenden. – [Allgemeiner Beifall] – Die Diskussion ist, glaube ich, ganz gut ins Laufen gekommen. Sie haben angeboten, einen parlamentarischen Abend zu machen, wo wir das vielleicht noch vertiefen. Ich will anregen: Sie haben uns von dem Labor berichtet, das entstehen soll. Vielleicht machen wir einen Lokaltermin. All das ist möglich.

Für heute beenden wir diesen Tagesordnungspunkt. – Herzlichen Dank, auch Ihnen, Frau Keilhacker! Sie sind zugeschaltet gewesen. Sie sind schon öfter hier gewesen. Die anderen waren das erste Mal hier. – Herzlichen Dank für Ihre aktive Teilnahme!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Baugenehmigungen: Überhang und Zusammenhang zu Fertigstellungen

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0026](#)

StadtWohn

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 19/0177

Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Straßengesetzes – Vereinfachung des Erlaubnisverfahrens für die Einrichtung von Baustellen

[0043](#)

StadtWohn(f)

Mobil

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Kooperative Baulandentwicklung und sektorale
B-Pläne – Bilanz, Potentiale, vergleichbare Modelle**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0036](#)
StadtWohn

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 30.05.2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.